Einzelpreis 30 Pf. Halle, Mittwoch, den 26. Mai 1920. 31. Jahrgang · Nr. 120

Verlag u. Geschäftsstelle: Halle (Saale), Harz 42-44. Fernruf 1047. Geöffnet von 7½ Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags. Postscheckkonto: Leipzig 105693. Hermann Schade

# Volksblatt

Schriftleitung: Halle (Saale), Harz 42-44. Fernruf 1045. Sprechzeit: Nur werktags von 12 bis 1 Uhr mittags.

Sozialdemokratisches Organ für Halle und den Bezirk Merseburg.

Bezugspreis: Frei Haus monatl. 3,50 Mk., vierteljährl. 10,50 Mk.; durch die Post bezogen monatl. 3,50 Mk., ohne Zustellungsgebühr.

Erscheint jeden Werktag nachmittags. Anzeigen bis morgens 9 Uhr erbeten, größere tags vorher.

Anzeigenpreis: 40 Pf. für den Millimeter Höhe u. Spalte; 120 Pf. für Reklame, anschließend an den dreigespaltenen Textseitenteil.

## Regierung und Militärputschisten.

Die Regierung sieht sich nunmehr genötigt, selber mit dem Material an die Oeffentlichkeit zu treten, das ihr über die Vorbereitungen der Gegenrevolution bekannt geworden ist. Es ist bezeichnend für die Sorglosigkeit, mit der die Regierung wieder einmal den konterrevolutionären und rechtsputschistischen Bestrebungen gegenübersteht, daß sie selbst bekennt, daß sie bisher die Berichte ihrer Provinzkommissare und Gewährsleute der Presse und der Oeffentlichkeit verschwiegen hat, obwohl sie alle höchst bedenkliches Material der Regierung mitteilten. So wird jetzt aus Stettin gemeldet, daß täglich Trupps von 25 bis 50 Mann mit Waffen ankommen, die aus den aufgelösten Freikorps stammen. Mehrere Transporte sind völlig unbeobachtet geblieben, da die Kommandantur entgegen den bestehenden Verordnungen die bewaffneten, jetzt aber entlassenen ehemaligen Angehörigen der Freikorps vor den Dienststellen, vor allem dem Polizeipräsidenten verheimlichte. Erst als der Polizeipräsident durch Zufall einen dieser Transporte ahnung, erfuhr er, daß bisher das Generalkommando diese Transporte unangemeldet weitergeleitet habe. Diese bewaffneten Transporte kamen aus Bayern von dem aufgelösten Freikorps Oberbayern. Das der Freikorps-Brigade Epp angehört. Bezeichnenderweise verweigerten die in Haft genommenen Mannschaften zum größten Teil die Auskunft, von einigen aber erfuhr man, daß ein Leutnant sie in Stettin am Bahnhof erwarten sollte, um sie von dort auf die Güter weiterzuleiten, wo sie mit ihren Waffen Unterkunft finden sollten, um jederzeit für einen bewaffneten Aufstand bereit zu sein. Der Offizier befindet sich in der Haft des Polizeipräsidenten. Derartige Nachrichten liegen auch aus Westfalen und Ostpreußen vor. Da die Reichsregierung selbst zugibt, daß sie bisher diese Nachrichten der Oeffentlichkeit verschwiegen hat, so geht daraus hervor, daß die Situation noch viel ernster ist, als sie dieser Bericht allein kennzeichnet. In allen Plänen aber spukt immer wieder die Idee eines „Kommunisten-Putsches", der zum Vorwand dienen soll und den man deshalb provozieren will. Es kann deshalb nur immer wieder mit dem größten Nachdruck darauf hingewiesen werden, daß die Arbeiterschaft sich keinesfalls durch irgendwelche Provokateure zu Putschversuchen verleiten lassen darf. Diese sind das Signal für den allgemeinen Aufstand von rechts. Die dringende Aufgabe der Arbeiterschaft für die Wahlen ist es jetzt, aller Welt zu zeigen, daß allein ehrliche sozialistische Politik, wie sie die Unabhängige Partei vertritt, noch vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch und der politischen Katastrophe retten kann, und daß die Reaktion sich irrt, wenn sie glaubt, mit der organisierten Arbeiterschaft ihr Spiel treiben zu können.

•

Berlin, 26. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Gegenüber den fortgesetzten Versuchen der nationalistischen Presse, die Bevölkerung in Angst zu jagen vor einem Putsch von links, erklärt die Freiheit:

„Wir wollen zunächst feststellen, daß es die einmütige Ueberzeugung unserer ganzen Partei ohne Unterschied welcher Richtung ist, daß ein gewaltsames Vorgehen in der gegenwärtigen Lage die denkbar größte politische Torheit wäre. Die Partei ist der Auffassung, daß ein solches Vorgehen nur den Putschisten von rechts gelegen käme, der Arbeiterbewegung aber nur zum Schaden gereichen könnte."

## In Württemberg wie in Bayern.

Der Reichspräsident hat in seinem Erlaß über die Aufhebung des Belagerungszustandes in einzelnen Teilen des Reiches mitgeteilt, daß unter anderem auch in Württemberg der Belagerungszustand nicht bestehe. Trotz dieser Feststellung übt die württembergische Regierung in ihrem Gebiet auf Grund des Belagerungszustandes alle ihr gefälligen Maßnahmen aus. Sie übt Telephonspionage, kontrolliert die politischen Versammlungen, läßt sie durch Militär auseinanderjagen, stört Demonstrationen. Die Reichsregierung erfährt davon wieder einmal erst durch die Presse und ist aufs höchste überrascht über diese Zustände. Es wird interessant sein, zu erfahren, was die württembergische Regierung nach dem Erlaß des Reichspräsidenten zu tun gedenkt, ob sie auch weiterhin die Maßnahmen auf Grund eines nicht bestehenden Belagerungszustandes ausüben wird, ob sie weiterhin die Freiheit ihrer Staatsbürger nach Belieben mißhandeln wird, oder ob es der Regierung gelingen wird, sich, wenn schon nicht in Bayern, so doch wenigstens in Württemberg den letzten Rest ihrer Autorität zu sichern.

## Der russische Sieg über die Polen.

Der Durchbruch der polnischen Front zwischen Polosk und Lempel in einer Breite von 85 Kilometern bestätigt sich in vollem Umfange. Der Rückzug der Polen nimmt einen panikartigen Charakter an. Die Bolschewisten haben zahlreiche Gefangene gemacht und große Lebensmittel- und Waffenvorräte erbeutet. In der Richtung auf Borisow haben die Bolschewisten in einer Breite von 35 Kilometern die Beresina überschritten.

London, 25. Mai. Daily Expreß meldet, die Polen hätten Kiew geräumt.

•

In den letzten Tagen wurde in der bürgerlichen Presse wieder einmal von einem „Zusammenbruche" der Sowjetregierung gefaselt. Solche Meldungen, bei denen der Wunsch der Vater des Gedanken ist, tauchen von Zeit zu Zeit mit solch einer bestimmten Regelmäßigkeit auf, daß man sie nur noch mit einem mitleidigen Lächeln zu lesen vermag. Nach den letzten Darstellungen sollte sich General Brussilow zum Diktator aufgeschwungen haben, und Lenin und Trotzky übten nur noch scheinbar die Macht aus; ihr vollständiger Sturz sei nur noch eine Frage von Tagen. — Dieser zu ganz bestimmten Zwecken in die Welt gesetzte Schwindel ist noch keine drei Tage alt geworden, und schon war er wieder entlarvt. Wie der T. U. aus Kopenhagen berichtet wird, erklärten soeben aus Rußland zurückgekehrte Mitglieder des dänischen Roten Kreuzes, daß von einem angeblich bevorstehenden Sturz des Rätesystems in Rußland nichts zu merken sei. Im Gegenteil macht sich eine rein nationalrussische Bewegung bemerkbar. Alle Parteien bewirken die Aufrichtung einer einheitlichen Front gegen alle von außen andringenden Feinde Rußlands.

Also auch diese Lügenblase ist rasch wieder geplatzt. Was wird man nun als nächsten Schwindel servieren?

## Solidaritätskundgebung englischer Arbeiter.

Berlin, 26. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Ein bekanntes Mitglied der englischen Unabhängigen Arbeiterpartei, Philipp Dyson von der Ortsgruppe Sheffield, der sich zurzeit in Berlin aufhält, hat einen Brief aus England erhalten, der in bedeutsamer Weise zeigt, wie die durch den Krieg geschaffene Bitterkeit in der Arbeiterbevölkerung nunmehr durch einen Geist der Freundschaft und des Solidaritätsgefühls mit dem deutschen Volk abgelöst wird. Der Brief enthält eine Entschließung, die die freundschaftlichen Gefühle für Deutschland ausspricht und von dem Rat der Gewerkschaften und Arbeiter von Sheffield, bestehend aus 150 Delegierten, die zwischen 80 000 und 100 000 britische Gewerkschaftler, Sozialisten und Mitglieder der Arbeiterpartei vertreten, mit nur einer ablehnenden Stimme angenommen wurde. Die Entschließung lautet:

„Die Versammlung des Rates der Gewerkschaften und Arbeiter von Sheffield, der die organisierte Arbeiterzahl von Stadt- und Landdistrikt vertritt, wünscht durch den Genossen Dyson den Arbeitern in Berlin und anderen Teilen Deutschlands die brüderlichen Grüße der Arbeiter Sheffields zu entsenden. In warmer Anteilnahme an dem Kampf der deutschen Arbeiter, die furchtbaren Folgen des Krieges und eines grausam ausbeutenden Kapitalismus zu überwinden und in Erkenntnis der noch vorhandenen Hemmungen und Schwierigkeiten, die ihnen aus dem Plan eines reaktionären Militarismus erwachsen, wünschen wir unseren Genossen, den Arbeitern in Deutschland, zu versichern, daß die Arbeiter bei uns unter dem gleichen Druck leben und Schwierigkeiten stehen, und daß daher ein gemeinsames Band des Interesses und Sympathie sich mit ihnen verbindet und Ausdruck zu finden sucht im gemeinsamen Streben und eines Solidaritätsgefühls zwischen den Arbeitern beider Länder und ebenso aller anderen Völker.

Arbeiter aller Länder, vereinigt euch!"

## Gegen die Schreckensurteile im Ruhrrevier.

Eine in Essen abgehaltene Konferenz des Metallarbeiter-Verbandes für die Regierungsbezirke Düsseldorf, Köln, Minden und Münster, deren Zahlstellen 360 000 Mitglieder umfassen, erhob Protest gegen die Tätigkeit der außerordentlichen Kriegsgerichte im Ruhrbezirk, deren Urteile als ungerecht bezeichnet wurden. In einer Resolution wurde ausgedrückt, die Konferenz erwarte auf das bestimmteste, daß die ausgesprochenen Todesurteile nicht vollzogen werden, daß ferner die Urteile wegen nichtpolitischer Vergehen und Verbrechen auf das natürliche Maß zurückgeführt werden und daß alle wegen politischer Vergehen bereits ausgesprochenen Todesurteile und Strafen durch eine umfassende Amnestie rückgängig gemacht werden, nachdem auf der anderen Seite noch kein Hauptschuldiger der Anhänger der Kapp-Lüttwitz-Regierung abgeurteilt worden sei.

## Schmälerung der Arbeitsgelegenheit durch staatliche Aufträge an das Ausland.

Der Vossischen Zeitung wird von zuverlässiger Seite mitgeteilt, für die Sicherheitswehr seien 700 000 Meter englisches Tuch gekauft worden, von denen sich das Meter auf 293 Mk. stellt, ungerechnet der Gebühren für Fracht und Versicherung. Deutsche Textilindustrielle hätten sich bereit erklärt, das Meter zu 170 Mk. zu liefern, seien aber übergangen worden. Auf diese Weise wurden für die 700 000 Meter Militärtuch 205 Millionen ausgegeben, während man sie für 119 Millionen hätte haben können.

Besteht auch kein Zweifel darüber, daß die deutschen Textilindustriellen sich über die Vergebung des Auftrages an ausländische Firmen nur deshalb entrüsten, weil ihnen dabei Millionenprofite vor der Nase vorüber und davonlaufen, so ist dennoch das Verhalten der Reichswirtschaftsstelle, die die Einfuhrbewilligung erteilte, geradezu skandalös. In Deutschland steigt die Arbeitslosigkeit von Tag zu Tag. Immer weitere Betriebe werden still gelegt. Die dadurch notwendigen weiteren Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung belasten den bereits überlasteten Etat aufs neue. Zugleich werden 86 Millionen Mark glatt zum Fenster hinausgeworfen, dadurch, daß um diesen Betrag die Tuche an das Ausland teurer bezahlt werden müssen als im Inland. Gegen eine solche Wirtschaft muß mit aller Entschiedenheit Stellung genommen werden. Die maßgebenden Stellen sind verpflichtet, der Oeffentlichkeit sofort Rechenschaft zu geben, was sie auf den sonderbaren Gedanken verfallen ließ, durch Auftragserteilung an das Ausland der deutschen Arbeiterschaft die ohnehin schwache Arbeitsgelegenheit noch zu schmälern.

## Sozialismus und Landbevölkerung.

Nirgends herrscht größere Unklarheit über die Ziele des Sozialismus als in der Landwirtschaft, und schwer genug ist es, auch noch heute, Aufklärung darüber aufs Land zu bringen. Das weitzerstreute Auseinanderwohnen der Landbewohner und das Fehlen sozialistischer Zeitungen — wie wenig sozialistische und erst recht wirklich sozialistische Zeitungen gibt es in den Städten — machen die Schwierigkeiten allein schon verständlich. Da ist es denn ein leichtes für alle die Amts-, Kreis- und Sonntagsblättchen, die meistens sogar mit behördlicher Unterstützung erscheinen, die Sozialisten und den Sozialismus nach allen Regeln der Kunst zu verleumden und die Bauern und Landarbeiter vor den eigenen reaktionären Parteiwagen zu spannen. Nur zu gut ist es bisher gelungen, dem Bauer und Landarbeiter klarzumachen, daß ein Sozialist, Bolschewist und Spartakist nichts ist als ein Plünderer, Mörder, Räuber und Brandstifter, der den Bauern auch das Letzte nimmt. Nichts ist wichtiger, gerade für den Bauern, als sich einmal mit dem Sozialismus zu beschäftigen, sich darüber klar zu werden: was will der Sozialismus und was kann er mir bringen?

Ganz allgemein gesagt, will der Sozialismus die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beseitigen und dadurch durch die Beseitigung der Hemmungen unserer heutigen kapitalistischen Wirtschaft die Gütererzeugung steigern und verbilligen. Wie und durch wen wird nun der Bauer und Landarbeiter ausgebeutet? Vor annähernd 100 Jahren noch gab es in Deutschland fast nur Leibeigene und Großgrundherren. Denn das, was sich Bauer nannte und früher wirklich Bauer war, war nicht mehr selbständig, konnte nicht tun und lassen was er wollte, war in allem von seinem Herrn abhängig. Die Herrenklasse, unsere heutigen Großgrundbesitzer, ist eine Erbererschicht, die ins Land eingedrungen ist und sich mit drückender Schwere auf die alte, freie Landbevölkerung, die heutigen Bauern gelegt hat. Die Bauern wurden zins- und frondienstpflichtig und wurden ausgesogen bis aufs Mark. Dann kam die Zeit der industriellen Entwicklung in den Städten, die Zeit des Liberalismus, des Bürgertums. Der Großgrundbesitzer wurde gezwungen, den Bauer aus der Fron zu entlassen, verstand es aber noch dabei meisterhaft, seinen Vorteil zu wahren. Der Bauer wurde allerdings frei; aber für die Ablösung seiner Verpflichtungen hatte er zu zahlen. In den allermeisten Fällen war ihm das nicht möglich und er mußte Ersatz dafür in Land leisten. Er mußte einen Teil seines Landes, bis über die Hälfte, an den Grundbesitzer abtreten. Was war die Folge?

Ein Teil der Bauern konnte sich auf dem verkleinerten Grund und Boden nicht mehr halten und mußte das Land verkaufen. Selbstverständlich konnten nur wieder die Großgrundbesitzer als Aufkäufer auftreten, die das Land bei dem plötzlich auftretenden starken Angebot zu billigen Preise einkaufsten. Die „gelegten" Bauern gingen in die Stadt und vermehrten durch ihr Arbeitsangebot die Not ihrer Arbeitsgenossen in der Stadt. — Ein anderer Teil der Bauern verschuldete schwer, nämlich dort, wo die Ablösung in Geld erfolgen mußte. Seit über 100 Jahren steckt ein großer Teil der Bauernschaft in diesen Schulden und kommt nicht heraus, weil er eben fast überall nicht genug Land hat, um die hohen Summen herauswirtschaften zu können. In wieder anderen Fällen waren durch den Landraub der Großgrundbesitzer ganze Dörfer und Gegenden gezwungen, entweder bei dem Großgrundbesitzern selbst zu arbeiten, neben der Arbeit auf der kleinen eigenen Scholle, oder aber einen anderen Nebenberuf zu ergreifen, in der Fabrik zu arbeiten, oder die noch ausbeuterische Heimarbeit zu betreiben. Die Lage der Bauern und Landarbeiter wurde schlimmer als zuvor.

Doch das sind noch nicht alle Folgen. Es wurde schon darauf hingewiesen, daß ein Teil der Bauern in die Stadt zog, weil er nicht genügend Erwerbsmöglichkeiten auf dem Lande hatte. Dieser Zug vom Lande in die Stadt wurde jetzt zu einem dauernden, mächtigen Strome. Die sich stark vermehrende landwirtschaftliche Bevölkerung kann sich ja nicht auf eigener Scholle niederlassen auf dem Lande. Entweder müssen sich die Söhne und Töchter des kleinen Bauern als schlechtbezahlte Knechte und Mägde verdingen — nirgends waren die Löhne schlechter als auf den großen Gütern, oder aber sie müssen pachten. Ein Hohn ist es, das Land, das ihren Vätern und Großvätern geraubt, gestohlen wurde, müssen sie gegen Ablieferung einer jährlichen Pacht, einer Steuer an den Räuber zurückmieten. Nicht viel besser ist es, wenn ein Landwirt sich jetzt eigenes Land kaufen will. Damals, als die Großgrundbesitzer kauften, damals stand das Land niedrig im Preise, durch das massenhafte Angebot der Ausgeplünderten, die notgedrungen verkaufen mußten. Billig wurden gewaltige Landstrecken zusammengeschachert, die besonders im Osten die Größen kleiner Fürstentümer haben. Dann aber stieg das Land, als das Angebot nachließ, die Bauern ausgekauft waren. Jetzt ist es fast unmöglich, für einen ehrlich arbeitenden Menschen, schuldenfreies Land zu kaufen, auch er muß einen jährlichen Tribut zahlen, einen Teil seiner Arbeit abliefern in Gestalt von Zinsen an die Nachkommen und Nutznießer des Raubes an dem Eigentum seiner Vorfahren. Noch nicht genug. Dank der Unkenntnis des Bauern und Landarbeiters über die Ursachen seiner gedrückten Lage und dank der geheim und offen betriebenen Wahlbeeinflussung hat die Landbevölkerung den Großgrundbesitzer- und Kapitalistenparteien Gefolgschaft geleistet, die dadurch die Regierungsmacht in der Hand behielten. Diese Macht wurde gründlich ausgenützt. Daß man alle höheren Beamten- und Ehrenstellen mit Klassengenossen besetzte, war nur Mittel zum Zweck, nämlich zu dem Zweck, der kapitalistischen Wirtschaft einen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219200526-14/fragment/page=0001

möglichst großen Teil des Gesamtarbeitsertrages der Volkswirtschaft, einen möglichst großen Teil aller vom Volke geschaffenen Werte in die Tasche der Kapitalistenklasse zu leiten. Die Einwanderung ausländischer Landarbeiter wurde mit allen Mitteln begünstigt, um die Löhne der Landarbeiter des eigenen Landes herabzudrücken auf das niedrigste Maß. Dann die Schutzzollpolitik: Bis in die siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts war die Großgrundbesitzerpartei freihändlerisch, das heißt, sie verwarf die Schutzzölle. Sie hatten ja für sie keinen Sinn, da ja bis dahin Deutschland kein Getreide einführte; aber sowie das erste Getreide eingeführt wurde, änderten die gesinnungslosen Leute ihre Politik: Sie wurden extrem schutzzöllnerisch. Je höher das Getreide verzollt wurde, das eingeführt werden mußte, desto höher stiegen die eigenen Getreidepreise. Wer hat den Nutzen davon zum Schaden des ganzen übrigen Volkes? Ganz allein die Großgrundbesitzer, die in der Hauptsache Getreide produzieren. Der Kleinbauer verbraucht den größten Teil seines Getreides selbst, ja manchmal muß er sogar in normalen Zeiten selbst hinzukaufen. Das Wichtigste für ihn ist aber, daß die durch hohe Getreidepreise verringerte Kaufkraft der Stadtbevölkerung die Nachfrage nach den Hauptprodukten des Kleinbauern, nach Fleisch, Milch, Butter, Eiern und Gemüse, verringert und die Preise sinken läßt. Das Bündnis mit den Industriekapitalisten, das man eingehen mußte, um die Kornzölle durchzusetzen (beim Branntwein war es ganz ähnlich), ermöglichte diesen wieder Einfuhrzölle auf Maschinen zu legen, die von den Bauern und Genossenschaften am schwersten getragen werden.

Welche Folgerungen hat der Bauer und Landarbeiter aus allen diesen Erkenntnissen zu ziehen?

Die allererste Folgerung ist, daß er den kapitalistischen, den bürgerlichen Parteien die Gefolgschaft kündigt, die samt und sonders nichts sind als die Verteidiger des Profits. Er darf nicht mehr den Leuten seine Stimme geben, die dem Landarbeiter die Löhne drücken, dem Bauern die Einkünfte schmälern, den Arbeitern die Lebensmittel verteuern, den deutschen Patrioten, die zum Schaden der deutschen Landsleute Fremde ins Land rufen, wenn es ihrem Geldbeutel nützt.

Was aber kann dem Landarbeiter und Bauern der Sozialismus bringen?

Zuerst braucht der Landarbeiter selbst Land, um nicht mehr als Knecht der besitzenden Klasse dienen zu müssen für einen Hungerlohn. Dann braucht der Bauer Land, einmal weil er sehr oft selbst nicht genug hat, um mit seiner Familie von der Landarbeit allein auskömmlich leben zu können, und zum andern, um es auch seinen Kindern zu ermöglichen, auf dem Lande bleiben zu können. Sollte aber doch jemand vom Lande in die Stadt ziehen wollen, um dort sein Brot zu verdienen, so ist es auch hier allein der Sozialismus, der ihn vor der Ausbeutung zu schützen bestrebt und imstande ist. Land genug ist vorhanden noch für lange Zeit. 82 Millionen können in Deutschland auf dem Lande ausreichendes Einkommen finden; jetzt finden es nur 16 Millionen notdürftig, weil das Land zum großen Teile der Besiedelung durch den Großgrundbesitz gesperrt ist. Dieses Land will der Sozialismus dem Bauern und Landarbeiter wieder zur Benutzung übergeben. Dazu will er den Bauern von der Knechtschaft der Schulden und Zinsen befreien: Frei soll ihm das Land zur Verfügung stehen, keinen Abzug von seiner Arbeit [illegible] habgierigen Gläubigern auszuliefern haben. Auch in der Landwirtschaft ist der Sozialismus wie in der Industrie bestrebt, zum Besten des ganzen Volkes den Ertrag der Wirtschaft aufs Höchste zu steigern. Den weitgehendsten Zusammenschluß zu genossenschaftlichem Betriebe zur Ausnützung aller nur möglichen Vorteile des Maschinen- und Großbetriebes fördert er, ohne ihn im geringsten aufzudrängen, wo es sinnlos ist. Jeder Bauer weiß, ebenso wie jeder Sozialist, daß große Maschinen nur auf großen Flächen oder in großen Betrieben Zweck haben. Diese Maschinen und Hilfsmittel müssen und sollen den bäuerlichen Genossenschaften zur Verfügung stehen, die über die zweckentsprechende Benutzung selbst zu entscheiden haben. Das ist der Sinn des Rätesystems: Aufhebung des Zucht- und Zwangshauses, in dem wir heute durch die Verwaltung der unter dem Einfluß der Kapitalistenklasse stehenden Obrigkeit stecken. Das Rätesystem der radikalen Sozialisten bedeutet weitgehendste Selbstverwaltung. Verleumdung des um seinen Profit bangenden Bürgertums ist es, daß der Sozialismus jedem das letzte Hemd vom Leibe nehmen will. Die Freiheit, das Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie, schrieb in einem Artikel vom 4. Januar 1919 über das Thema: Was heißt Sozialismus?: „Das was jeder an Gebrauchswerten erwirbt oder besitzt, soll ihm ungeschmälert bleiben. Jeder wird auch in der sozialistischen Gesellschaft das Recht auf ein eigenes Heim haben, das er sich einrichten kann, wie er will, — ja die Möglichkeiten, sich ein behagliches Heim zu schaffen, werden für große Massen erst geschaffen werden. Jeder wird sich kleiden und schmücken dürfen, wie er will; jeder wird auch das Recht haben, sich mit Gleichgesinnten zusammenzutun, um irgendwelche Einrichtungen zu schaffen, die der religiösen oder künstlerischen Erbauung, der Vertretung irgendwelcher Ansichten durch Herausgabe von Zeitungen oder dergleichen dienen. Nur wird dasjenige, was der einzelne besitzt oder mit seinem Besitzum unternimmt, nie dazu dienen dürfen, andere auszubeuten." Von aber der Gleichmacherei ist im Sozialismus keine Rede. Sozialismus ist Gerechtigkeit, gerechte Entlohnung für gerechte Arbeit.

Nun zur letzten Frage. Welcher sozialistischen Partei soll der Bauer und Landarbeiter seine Stimme geben?, denn die bürgerlichen Parteien scheiden als Verteidiger des Profits von selbst aus. Es scheidet aber auch aus die rechtssozialistische Partei, die den bürgerlichen Parteien durch dick und dünn gefolgt ist, die während des ganzen Krieges und noch nach dem Kriege die bauern- und arbeiterfeindliche Politik des Bürgertums mitgemacht und unterstützt hat, die immer neue Bündnisse und Kompromisse geschlossen hat mit dem Kapital, um die Ministersessel zu behalten, oder selbst zum Nutznießer der heutigen Gesellschaft zu werden. Die Arbeitergesinnung hat dies längst eingesehen und strömt in Massen der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei zu. Dort, wo eine aufgeklärte Arbeitergesinnung besteht, ist die ehemalige Mehrheitspartei längst Minderheitspartei geworden, die wegen ihrer Ungefährlichkeit für das Profitinteresse nur noch Zuzug aus dem bürgerlichen Lager bekommt. Die große Partei, welche die Interessen der großen Masse der Bevölkerung, der Unterdrückten und Besitzlosen und der Zinssklaven des Kapitals verteidigt, ist die Unabhängige Sozialdemokratische Partei. Nur ihren Kandidaten darf der Bauer und Landarbeiter seine Stimme geben!

## Frankreichs Ausverkauf.

Die französische Valuta beginnt, das Schicksal der deutschen Währung zu teilen. In wenigen Wochen ist eine beträchtliche Verringerung ihrer internationalen Zahlungskraft eingetreten. Augenblicklich wird der französische Frank mit einem Drittel des Nennbetrages bewertet. Es treten nunmehr ähnliche Vorgänge in Erscheinung, wie wir und Deutsch-Oesterreich ebenso wie die anderen östlichen Länder mit schlechter Valuta sie im Laufe des vergangenen Jahres zur Genüge kennen gelernt haben. Auch die Durchdringung der französischen Industrie mit ausländischem Kapital macht gute Fortschritte. So wird jetzt in der Presse gemeldet, daß die Engländer eine Beteiligung an der Glasindustrie, in der eine bedeutende neue Gesellschaft gegründet worden ist, durchgeführt haben. Der Kontinent wird in immer stärkerem Maße zum Objekt der angloamerikanischen Großfinanz, wenn nicht die Arbeiterschaft Europas an eine sozialistische Umgestaltung der gesamten Wirtschaft geht.

# Das sind die Soldaten der Republik!

## Die heimtückische Ermordung Paasches.

Schon in unserer gestrigen Meldung über den Tod Hans Paasches erklärten wir die Meldung von dem angeblichen „Fluchtversuch" für aufgelegten Schwindel. Die näheren Umstände bei der Erschießung, die jetzt bekannt werden, geben unserer Vermutung Recht. Paasche ist der Rache der Offiziersbanditen zum Opfer gefallen.

Der Sohn des ehemaligen Vizepräsidenten des Reichstages brachte seine pazifistische Gesinnung bereits aus den afrikanischen Kolonialkriegen mit, wo er die Greuel gegen die Schwarzen mit eigenen Augen ansehen mußte. Während des Weltkrieges war er Kommandant eines Minenlegebootes, machte aber aus seinen Anschauungen keinen Hehl, so daß er in Untersuchungshaft genommen wurde. Nach der Revolution war er im Volkszugerat und wohnte seit seinem Ausscheiden aus diesem auf dem Gut Waldfrieden bei Kreuz. Er näherte sich immer mehr in seinen politischen Ansichten unserer Partei und geriet in heftigsten Streit mit seinem Vater, während er bei der Landarbeiterschaft und den kleinen Bauern sehr verehrt wurde. Die Wut der Reaktion richtete sich gegen ihn, weil man in ihm den Militärsachverständigen fürchtete, aber auch, weil er in der rein landwirtschaftlichen Neumark die reaktionären Pläne durch seinen Einfluß durchkreuzte. So schmiedete denn die Mördercentrale ihren Plan, um ihn aus dem Wege zu räumen.

**Wege zu räumen.**

**Hans Paasche war in der vorigen Woche in Berlin gewesen, und inzwischen hatte man ihn denunziert, er habe auf seinem Gut große Menge von Waffen versteckt. Wieviele Großagrarier haben riesige Waffenlager auf ihren Gütern, ohne daß die Regierung einschreitet — aber das sind ja auch gut deutschnationale Herren. Zu dem radikalen Paasche wurden sofort vom Truppenkommando Deutsch-Krone zwei Lastautomobile mit 60 Reichswehrsoldaten unter der Führung zweier Offiziere mit Maschinengewehren entsandt. Die Soldaten verließen in dem 10 Minuten von dem Schlosse entfernten Orte Wiesenthal die Automobile und stiegen die kleine waldbestandene**

## Demokratie

**lautet die Wahlparole der Regierungsparteien. Gleiches Recht herrscht aber nur für alle, die Geld haben. Die Versammlungsfreiheit**

## ist

**im Wahlkampf angeblich garantiert, die Regierung aber hält unter Verfassungsbruch den Belagerungszustand aufrecht und duldet, daß z. B. in Bayern unsere Zeitungen unterdrückt, unser Wahlkampf behindert wird. Der Belagerungszustand ist**

## im kapitalistischen Staat

**eins der Mittel, mit denen die Arbeiterklasse niedergehalten werden soll. Gerade darum, Genossen und Genossinnen, müssen wir eure Opferwilligkeit und Werbetätigkeit in Anspruch nehmen. Zeigt alle, mit welchen verlogenen Phrasen man auch für diese sogenannte Demokratie einfangen will, und daß nur durch die**

## Diktatur

**des Proletariats der Sozialismus verwirklicht und bessere Zustände herbeigeführt werden können. Bis diese Erkenntnis Allgemeingut**

## des

**Volkes geworden ist, muß in Wort und Schrift noch tüchtig agitiert werden. Der Wahlkampf ist eine Gelegenheit, die wir im höchsten Maße ausnützen müssen, für die Ideen des revolutionären Sozialismus zu wirken. Wir müssen dafür eintreten, daß nicht die Interessenten des**

## Geldsacks

**den Sieg davontragen.**

**Stärkt daher unseren Wahlsonntag, werbt für die Presse der Arbeiterklasse und wählt am 6. Juni nur die Kandidaten der**

## Unabhängigen Sozialdemokratie.

Anhöhe, auf der das Schloß liegt, hinan. Hier wurde um das Gebäude in weitem Umkreise eine Posienkette gezogen. Dann betraten die Offiziere mit den beiden Gendarmeriebeamten das Haus. Es war aber nur das Dienstpersonal und die Hausdame anwesend. Kapitänleutnant Paasche befand sich eben an einem in der nächsten Nähe des Schlosses in einer Talmulde gelegenen kleinen See, um dort zu baden und dann für seine Arbeiter zu fischen, da er ihnen mit den Fischen ein Pfingstgeschenk machen wollte. Als die Hausdame den Besuchern mitteilte, daß der Hausherr am See weile, beorderte einer der Offiziere den Wachtmeister, ihn herbeizuholen. Dieser entledigte sich nun des ihm gewordenen Auftrages in einer eigenartigen Weise. Er begab sich nach dem See, und als dort den Kapitänleutnant, traf, sagte er ihm, er habe ihn, da er gerade seinen Bezirk inspiziere, begrüßen wollen. Gleichzeitig teilte er ihm mit, im Schlosse sei ein Besucher, der ihn sprechen wolle. Ahnungslos begab sich Kapitänleutnant Paasche nur im Badekostüm — nach seiner Wohnung. Nach wenigen Schritten bemerkte er die Soldaten, und nun ereignete sich die Tragödie. Die Reichswehrsoldaten behaupten lügnerischerweise, Paasche hätte sich sofort, als er sie erblickte, umgewandt und sei spornstreichs davongelaufen. Sie hätten ihm dreimal Halt nachgerufen und erst dann geschossen, als er in dem bewaldeten Gelände ihren Blicken sich zu entziehen drohte. Jedenfalls traf eine der Kugeln den Unglücklichen in den Rücken, durchschlug den Körper und führte seinen sofortigen Tod herbei. Nach der Darstellung von anderen glaubwürdigen Zeugen des tragischen Vorfalls soll sich dieser aber ganz anders abgespielt haben. Paasche wurde nach diesen Mitteilungen sofort von einem der Posten mit Gewehrschüssen empfangen. In der Ueberraschung wandte er sich um und suchte hinter einer Scheune, die bereits auf dem Grund und Boden eines Gutsnachbarn liegt, Deckung. In der Nähe dieser Scheune stand aber ein zweiter Posten, und dieser gab, ohne daß Paasche ihn sehen konnte, und ohne daß er ihn anrief, den tödlichen Schuß ab. Zu ganzen ist viermal auf Paasche geschossen worden. Während sich die Angehörigen um den Toten bemühten, nahmen dann die Soldaten die Durchsuchung des Schlosses vor. Sie fanden keine Waffen und verließen auch bald das Grundstück. Von einer Seite, die dem Verschiedenen nahestand, wird erklärt, daß die Untersuchung so flüchtig vorgenommen wurde, daß versteckte Waffen, selbst wenn solche vorhanden gewesen wären, überhaupt nicht hätten gefunden werden können. Die ganze Durchsuchung war also nur ein Vorwand. Es wird aber versichert, daß Paasche — was schon auch seiner ganzen Denkweise entspreche — tatsächlich gar keine Waffen auf seinem Gute verborgen hatte. Die Soldaten begnügten sich dann auch mit der Entnahme von drei Jagdgewehren des Verstorbenen, ohne daß darüber eine Quittung ausgestellt wurde.

Gemeiner Mord! Das ist die einzige Bezeichnung, die für die unglaubliche Handlungsweise zutrifft. Die Soldaten der deutschen Republik, die man nicht dazu verwenden kann, um die Monarchisten zu bekämpfen, um die reaktionären Hochverräter zu verhaften, erschießen ohne jeden Grund, als den der gemeinsten Rache einen zum Pazifisten, zum Republikaner gewordenen Offizier. Die Regierung wird sicher wieder „strengste Untersuchung" anordnen, und ebenso wie in den unzähligen anderen Fällen wird diese Untersuchung ausgehen wie das Hornberger Schießen. Wie lange noch wird die Mordpest der Reichswehr das deutsche Land und ihrem Gifthauch durchwogen? So lange, bis die arbeitende Bevölkerung diese Pest durch revolutionären Kampf beseitigt hat, aber nicht eher, nicht durch Parlamentsbeschlüsse, nicht durch schöne Redensarten der Regierung und ihrer hilfsbeflissenen Friboliten der Rechtssozialisten und Demokraten!

*

Zur weiteren Beleuchtung des Mordes sei noch mitgeteilt: Unter der ganzen Bevölkerung und namentlich unter der Landarbeiterschaft, die sich jetzt im Streik befindet, hat der Vorfall die größte Erregung hervorgerufen. Es wird allgemein behauptet, daß die Waffensuche nur der Vorwand zu dieser blutigen Störung des „Waldfriedens" gewesen ist. Die Erregung ist um so größer, als gerade in Hochzeit und in den umliegenden Orten die Bevölkerung sich stets ruhig verhalten und nie zu einem Einschreiten der Truppen Anlaß gegeben hat. Es wird noch versichert, daß weder ein Haftbefehl noch ein schriftlicher Ausweis vorgezeigt worden ist. Die Offiziere hatten auch ihre Namen nicht angegeben und die Familie Paasche weiß jetzt noch nicht, welcher Truppenteil das Schloß besucht hat.

## Der neue Reichsverband gegen die Sozialdemokratie.

In Bayern ist er wieder auferstanden, der 1½ Jahre geschlummert hat. Aus München wird gemeldet:

Der Bayerische Bauernbund, die Bayerische Mittelpartei, die Bayerische Volkspartei, die Deutsche Demokratische Partei und die Deutsche Volkspartei in Bayern haben sich gemeinsam mit dem Münchener Bürgerrat und dem Ordnungsblock auf folgende gemeinsame Richtlinien geeinigt: Alle bürgerlichen Parteien kämpfen gegen die sozialistische Weltanschauung, gegen die Diktatur des Proletariats, gegen den Klassenkampf und Gleichmacherei, gegen Sozialisierung und Kommunisierung, gegen allen Umsturz und Zerstörung, gegen Materialismus und sittliche Verflachung. Sie treten ein für Ordnung, Recht und Aufbau, für ruhige Entwicklung auf gesetzmäßigem Boden, für die Versöhnung der Klassen, für den Aufstieg jedes einzelnen durch Fleiß und Fähigkeit, für die individuelle bürgerliche Wirtschaftsordnung, für Privateigentum, Familien- und Erbrecht, für eine idealistische Weltordnung, für sittliche Weltanschauung und für religiöse Erziehung, für den nationalen Gedanken.

Wir kennen die Weise, wir kennen den Text, lieblich tönen die langentbehrten Klänge wieder an unser Ohr. Interessant ist es, daß die Demokraten mitmachen, gegen Sozialisierung, für religiöse Erziehung und wie die schönen Dinge alle heißen. Die eine reaktionäre Masse ist hier wieder beisammen. Das Proletariat muß daraus die Lehre ziehen, daß sämtliche bürgerliche Parteien seine Todfeinde sind, mit denen man sich nicht verbünden darf, wie es die Rechtssozialisten tun. Genau wie das Bürgertum geschlossen gegen den Sozialismus auftritt, genau so muß das Proletariat seinen Kampf für den Sozialismus mit Schärfe, Entschiedenheit und Geschlossenheit ausfechten.

## Rückgang der Weltteuerung.

Holländische Wirtschaftspolitiker führen die Warenkrisis in Deutschland außer auf das Steigen der Valuta auf eine ständige Preissenkung auf dem Weltmarkte zurück. Aus London kommen Nachrichten, von allen Seiten zeigten sich Symptome für eine weitere Preissenkung. Außer Tee, Sirup, Lachs, Lammfleisch und Honig befänden sich auch Schuhwerk, Wolle und Wollwaren im ständigen Sinken. In Chikago seien die Preise für Mais, Schweinefett, Zucker, Baumwolle zum Teil beträchtlich gesunken. Man erwarte sogar, das bisherige Preisniveau werde plötzlich zusammenbrechen. Amerikanische Blätter führen die dortigen Preisrückgänge auf das entschlossene Vorgehen des Publikums zurück.

Schon seit Monaten wird in Wort und Bild in Amerika eine eifrige Propaganda für den Kampf gegen die Teuerung betrieben. Die Schuhe und Kleidergeschäfte wurden boykottiert, selbst die „vornehme Welt" steckte sich, vielleicht mehr aus einer gewissen Protestsportlust als aus sozialen Beweggründen, in Arbeiterkleidung und Holzschuhen. Amerikanische Mittel, aber auch amerikanische Erfolge. In Boston kündigten die Warenhäuser für Baumwollwaren, Leinenwaren usw. eine Ermäßigung um 25 Prozent an. In Arkansas wurden die Schuhpreise mit einem Schlage von 12 Dollar auf 4,85 Dollar herabgesetzt. Bis vor kurzem sind die Transportschwierigkeiten, durch die gewaltige Warenmengen zur Aufstapelung gelangten, den Preistreibern sehr günstig gewesen. Sehr leicht können jetzt aber die großen Vorräte den gegenwärtigen Besitzern verhängnisvoll werden. In Deutschland bemerkt man von dem Preiswandel auf dem Weltmarkte noch verzögert wenig, wenn überhaupt etwas davon zu spüren ist. Hier bemühen sich alle Unternehmerkreise krampfhaft, jede Preissenkung zu hintertreiben. Sie haben insofern damit leichteres Spiel, als in Deutschland die große Mehrheit der Bevölkerung gezwungen ist, zu kaufen. Holzschuhe und Einheitskleidung nicht zu Protestzwecken sich beschaffen kann, sondern für noch viel Fragwürdigeres sich unglaublich hohe Phantasiepreise abpressen lassen muß. Doch das Markanteste an der ganzen Erscheinung ist, daß in einem Augenblicke, in dem als Folge einer wüsten Preisjagerei eine rückgängige Preisbewegung einsetzt, die Unternehmer zetern, das ganze Wirtschaftsgefüge drohe aus den Fugen zu gehen, wenn man ihnen ihre Wucherfreiheit nicht in anderer Form weiter ermögliche. Sie verlangen den Abbau der Löhne, damit der Profit nicht ins Wanken gerät. Eine Wirtschaftsordnung aber, die sich nur aufrechterhalten kann, wenn sie die Freiheit bekommt, die Arbeiter bis zum völligen Zugrunderichten ausbeuten zu dürfen, ist reif für den Untergang.

## Bauer und Ehrhardt in Ungarn?

Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt, daß Oberst Bauer, einer der Führer des Kapp-Putsches, sich in Budapest befindet und dort organisatorisch tätig ist. Nach gleichlautenden Meldungen soll auch Kapitän Ehrhardt, der sich bekanntlich unter Bruch seines Offiziersehrenwortes der Haft entzogen hat, in Ungarn sein. Da gehören beide Helden auch hin! Wahrscheinlich nehmen sie Anschauungsunterricht in Weißen Schrecken, Brachialgewalt, Martern von gefangenen Revolutionären und „gesetzmäßigem" Mord. Sie hoffen, das alles in Deutschland später noch einmal verwenden zu können — wenn ihnen die deutsche Arbeiterschaft nicht gleich von Anfang an ihre verbrecherischen Absichten gehörig durchkreuzt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219200526-14/fragment/page=0002

## Unternehmerernte 1919.

Den Veröffentlichungen der Aktiengesellschaften entnehmen wir einige weitere Abschlußzahlen, die der Arbeiterschaft zeigen können, welche gute Konjunktur sich aus dem allgemeinen Mangel, der fortschreitenden Verelendung und der Geldentwertung ergeben hat. Die hohen Profite bei ständiger Verringerung des Realeinkommens der Arbeiterschaft sind ein bezeichnendes Dokument der Ergebnisse des ersten Jahres demokratisch-pseudosozialistischer Wirtschaftspolitik.

| | | | | |
|---|---|---|---|---|
| Deutsche Erdöl-A.-G. | 25 % | Dividende | und 20 % | Bonus |
| Kammerich-Werke, Berlin | 30 % | " | " — | " |
| Nähmaschinen- und Fahrräderfabrik Stöwer | 16 % | " | " 25 % | " |
| J. D. Riedel, Chemische Fabrik, Berlin | 16 % | " | " 10 % | " |
| Vereinigte Schmiergelfabriken, Hannover | 25 % | " | " 10 % | " |
| J. Brüning und Sohn, Holzwarenfabrik, Berlin | 10 % | " | " 15 % | " |
| Johannes Giermes & Co., Textilfabrik Oedt, Crefeld | 25 % | " | " — | " |

Letztgenannte Gesellschaft gibt außerdem auf je eine alte zwei neue Aktien zum Kurse von 107 aus (Börsenkurs zirka 660). Adler-Kaliwerke erzielten einen Reingewinn von 3½ Millionen Mark auf ein Aktienkapital von 6 Millionen.

### Die Lehrerinnen und der Streik.

Aus Kassel wird gemeldet: Die hier abgehaltene außerordentliche Tagung deutscher Volksschullehrerinnen, die u. a. die rechtliche Stellung der Volksschullehrerinnen im neuen Deutschland erörterte, hat gemeinschaftlich mit dem ebenfalls hier tagenden Landesverband preußischer Volksschullehrerinnen folgenden Beschluß gefaßt: Zur Erreichung der gewerkschaftlichen Ziele werden alle gesetzlich zulässigen Mittel zur Anwendung gebracht, zu diesen gehört auch die Arbeitsniederlegung.

Dieser Beschluß, der zu begrüßen ist, zeigt, wie die wirtschaftliche Not auch Kreise, denen früher solche Gedanken weltenfern lagen, heute zwingt, die Taktik der freien Gewerkschaften anzuwenden.

## Notizen.

**Hochverräter werden milde behandelt!** Der Haftbefehl, der gegen den früheren Rechtsanwalt Paul Bredereck wegen seiner Tätigkeit im Dienste der Kapp-Regierung erlassen worden war, ist vom Reichsgericht aufgehoben worden. Das Verfahren schwebt noch.

**Der neue „Präsident" von Mexiko.** Mexiko, 25. Mai. (Reuter.) Der Kongreß hat Adolfo de la Huerta zum vorläufigen Präsidenten gewählt. Carranza wurde heute in aller Stille begraben. Mehrere Mitglieder seiner Umgebung sind verhaftet worden.

**Der Bolschewisten-Vormarsch in Persien.** Wie Havas-Reuter aus Teheran meldet, wird die Räumung der Stadt erwogen. Alle zum Schutz der Fremden notwendigen Maßnahmen sind getroffen worden. Die Roten Truppen bombardieren die Küste.

## Parteinachrichten.

### Nestriepkes „Heimkehr".

Siegfried Nestriepke, vor der Spaltung der alten Partei Redakteur am Vorwärts, dann während der ersten Revolutionsmonate Redakteur der Freiheit, hat sich der SPD. angeschlossen. Die Tatsache als solche wäre nicht sehr interessant, denn Nestriepke ist, wie ja bekannt, schon nach dem Leipziger Parteitag aus der USPD. ausgetreten, weil das Aktionsprogramm seinen Beifall nicht fand. Er hat jetzt nur die nötige Konsequenz gezogen und sich der Partei angeschlossen, die seiner ganzen Auffassung durchaus entspricht. Uns interessieren vielmehr einige Leute, die durchaus nichts von Nestriepkes Auffassung über die heilige Demokratie trennt. Die USP. hat nichts verloren an Nestriepke, wie sie nichts verlieren würde, wenn die guten Freunde von ihm in unserer Partei, die so denken wie er und nur seine Ehrlichkeit nicht aufbringen, ihm folgen würden.

## Gewerkschaftliches.

### Streik auf den Thüringer Privatbahnen.

Die Angestellten fast sämtlicher Privatbahnen Thüringens traten in den Streik ein, um die Gleichstellung mit den Staatsbeamten durchzusetzen.

Die Tarifverträge für den Ruhrbergbau sind zum Abschluß gelangt. Die Bergleute erhalten eine weitere Schichtzulage von 6 Mk.; das Kindergeld wird erhöht.

Verantwortlich für Politik und Parteinachrichten: Karl Bock; für Halle und Saalkreis: Gottlieb Kasparek; für Aus der Provinz und Versammlungsberichte Johann Janßen; für Anzeigen: Hermann Schade; Verlag: Volksblatt G. m. b. H. Druck: Hallesche Genossenschaftsbuchdruckerei e. G. m. b. H., sämtlich in Halle.

# Aus der Provinz.

### Aufruf!

Durch die bürgerliche Presse geht die Notiz, daß in den nächsten Tagen eine Verordnung des Regierungskommissars und Oberpräsidenten der Provinz Sachsen herauskomme, welche die Kommunal-, Kreis- und Bezirksarbeiterräte anweist, ihre Tätigkeit einzustellen, da sie „ihre Aufgabe erfüllt" haben.

Wir stellen fest, daß weder wir, noch die Kommunal- und Kreisarbeiterräte vom Oberpräsidenten Anweisungen zu empfangen haben. Wohl hat die Regierung bereits vom 1. April an die Finanzierung der politischen Arbeiterräte abgelehnt und auch das Selbstbestimmungsrecht der Gemeinden dadurch angetastet, daß sie auch diese zu gleichem Vorgehen aufforderte. Inwieweit die einzelnen Körperschaften dem Rechnung trugen, lag lediglich daran, wie stark die klassenbewußte Arbeiterschaft dort vertreten war.

Die Regierung betrachtet die Aufgabe der Arbeiterräte als erfüllt. Sie konnte erfüllt sein, wenn die Regierung nach dem Geiste der Revolution alle reaktionären gegenrevolutionären Beamten der wilhelminischen Zeit restlos beseitigt hätte. Statt dessen haben die Kapp-Lüttwitz-Tage des März 1920 erneut die Notwendigkeit erwiesen, die reaktionären Beamten weiter zu kontrollieren. Die Gegenrevolution verschlingt Milliarden, für die Arbeiterräte zur Sicherung der Republik aber werden die Mittel verweigert. Sie restlos abzuwürgen, ist das eifrigste Bestreben der Regierung; die überall bestehenden Bürgerräte, den Reichsbürgerrat aber läßt man weiter die Reaktion fördern.

Diesem Messen mit zweierlei Maß wird sich die Arbeiterschaft nicht unterwerfen; **wir fordern deshalb die Arbeiterräte auf, ihre segensreiche Arbeit nicht einzustellen, sondern ihre Tätigkeit weiter auszuüben.** Wir werden demnächst eine Konferenz einberufen, welche die Entscheidung über das Fortbestehen der Arbeiterräte treffen wird.

**Bis dahin erbitten wir Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterräte an das Sekretariat des Bezirksarbeiterrates für den Regierungsbezirk Merseburg in Halle a. S., Harz 42-44, III, Zimmer 36.**

**Der Bezirksarbeiterrat.**

**Gehofen.** Ein stolzer Münchhausen wohnt im benachbarten Nausitz. Getreu der Mär von dem „Dolchstoß von hinten" schiebt er alle Schuld an dem Sturze „seines" Königs auf die Revolution und die Republikaner. Da bekommt er eines Tages vom „deutschen Arbeiter" Justaf Noske einen — Orden verliehen, ein richtiggehendes Dienstauszeichnungskreuz. Früher wäre von Münchhausen selbstverständlich sehr stolz gewesen, wenn er ein neues Bändchen zu den übrigen erhalten hätte. Jetzt aber ist er entrüstet und läßt per Einschreiben folgende Absage los:

Nausitz bei Gehofen, den 2. 5. 1920.

An die Versorgungsstelle Naumburg a. S.

Am 30. 4. 20 ist mir die Mitteilung zugegangen, daß der Herr Reichswehrminister mir am 8. Januar das Dienstauszeichnungskreuz verliehen hat. Ich habe von der Verleihung dankend Kenntnis genommen. **Da es mir aber widerstrebt, als langjähriger, persönlicher, diensttuender Flügeladjutant Seiner Majestät des Kaisers und Königs eine Ordensauszeichnung anzunehmen von einer Regierung, durch die mittelbar mein ehemaliger Kaiser und König verdrängt oder vertrieben ist,** bitte ich, auf dem Dienstwege veranlassen zu wollen, daß die Verleihung rückgängig gemacht wird.

Das Ordensband sowie das Besitzzeugnis füge ich bei.

gez. Frh. v. Münchhausen.

Der Vorgang beleuchtet wieder einmal die Torheit der Regierung, die mit dem alten Plunder nicht aufräumen will. Der Nasenstüber ist ehrlich verdient, denn wie kam Noske dazu, sich außer mit der Niederknüttelung der aufstrebenden Arbeiterklasse auch noch mit dem nachträglichen Verleihen von Orden für Kriegsdienste zu beschäftigen. Der „Edelmann" von Münchhausen konnte sich die große Geste nur leisten, weil in der Republik alle Oberflächlichkeiten der wilhelminischen Aera getreulich fortgesetzt werden.

**Delitzsch.** Aufgedeckte Schwarzschlachtungen. Die Polizei untersuchte auf eine Anzeige hin ein Fuhrwerk aus Leipzig und fand unter der Brikettladung in einer Kiste verstaut fünf Zentner Schweinefleisch von zwei geschlachteten Tieren nebst den dazu gehörigen Därmen und Blut. Das Fleisch wurde beschlagnahmt.

**Radis.** Aus der Wahlbewegung. Am 22. Mai fand hier eine sehr gut besuchte öffentliche Wählerversammlung statt. Gen. Kasparek zog in seinem 2½stündigen Vortrage gegen die Koalitionsparteien und die der Rechten glänzend zu Felde. Zur Diskussion meldete sich ein deutschnationaler Redner, Herr Bitzmann. Er versuchte den Kapp-Putsch zu verteidigen, indem er behauptete, die deutsche Militärkamarilla hätte für die deutsche Verfassung Partei ergriffen, weil die Regierung einen Verfassungsbruch begangen habe. Weiter stellte er eine ganze Reihe unwahrer Behauptungen auf, aus denen wir folgende herausgreifen: Bei den kämpfenden Arbeitern in Halle wären Briefmarken und Drucksachen mit der Aufschrift Mitteldeutsche Räterepublik gefunden worden, die dem Zwecke dienen sollten, in Mitteldeutschland die Rätediktatur aufzurichten. Er gab, ohne es zu wollen, zu, daß die Arbeiterschaft von der kapitalistischen Clique ausgebeutet worden ist, um auf dem Weltmarkte konkurrieren zu können. Nachdem er eine Stunde lang mit seinen Mätzchen die Versammlung amüsiert hatte, schloß er mit den Worten: Wer von der Arbeiterschaft gewillt ist, nach der Wahl bessere Verhältnisse herbeizuführen, der gebe seine Stimme der Deutschnationalen Volkspartei, was natürlich von der Arbeiterschaft mit einem schallenden Hohngelächter aufgenommen wurde. Genosse Kasparek widerlegte in schlagfertiger Weise die Ausführungen des Herrn Bitmann. Mehrere Aufnahmen für die Partei und Bestellungen auf das Volksblatt bildeten den Erfolg der Versammlung. Die Radiser Arbeiterschaft läßt sich nicht irreführen. Siegesbewußt führt sie den Wahlkampf durch.

**Seegrehna.** Eine Wählerversammlung mit Genossen Kasparek als Referenten fand auch hier am 1. Pfingstfeiertag statt. Eine Tellersammlung für den Wahlfonds hatte ein gutes Ergebnis. Neue Volksblattleser und Mitglieder wurden gewonnen, so daß die örtliche Organisation jetzt innerhalb drei Monaten um 66 Mitglieder zugenommen hat.

**Dommitzsch.** Die außerordentliche Stadtverordnetensitzung bewilligte 2500 Mk. für die Anschaffung eines Polizeihundes. Ausführlich behandelt wurde der zweite Punkt der Tagesordnung: Butterverkauf. Bekanntlich standen sich in der vorigen Sitzung zwei Anträge gegenüber, von denen der von uns unterstützte die Uebernahme des Butterverkaufes in städtische Regie verlangte, während die Bürgerlichen den Butterverkauf auf Kundenlisten durch sämtliche Kolonialwarenhändler bewirken lassen wollten. Durch die Stimme des Vorstehers fiel in der vorigen Sitzung die Entscheidung für den letzteren Antrag, wofür aber die Lebensmittelkommission die Verantwortung nicht übernehmen wollte. Sie hatte einen Antrag eingereicht, wonach der Butterverkauf in einem Geschäft bleiben oder in städtische Regie übernommen werden sollte. Dies wurde gegen die Stimmen der Genossen Bänisch und Bunk abgelehnt. Der Verkauf der Butter wird also in Zukunft in drei Geschäften stattfinden. Früher, als die Butter noch billiger und der Verdienst daher geringer war, haben die Geschäftsleute es stets abgelehnt, den Butterverkauf zu übernehmen. Die Geschäftswelt hatte aber erfahren, daß auf ein Pfund Margarine 1,65 Mk. Verdienst ist; also strecken verschiedene die Hände aus, um an dem Raubzug gegen die Allgemeinheit teilzunehmen. Der Preis der Margarine ist jetzt auf 17 Mk. herabgesetzt worden, und der Verdienst der Geschäftsleute beträgt daher nur noch 65 Pf. pro Pfund. In der geheimen Sitzung wurde der Ratskeller für 2000 Mk. an den Wachtmeister Keßler (Torgau) verpachtet. Den städtischen Beamten wird auf die neue Beamtenbesoldung ein einmaliger Vorschuß gewährt, und zwar erhalten Verheiratete 800 Mk., Ledige 600 Mk. Als Nachsteuern für das verflossene Steuerjahr werden noch 30 Prozent erhoben werden.

**Merseburg.** Die Krise der kapitalistischen Produktion und die auf dem Nullpunkt angelangte Kaufkraft der breiten Massen werden hier durch die Personalentlassungen aufgezeigt, die in der nächsten Zeit von den Unternehmern der Großindustrie „wegen Mangel an Aufträgen" vorgenommen werden. Zunächst soll ein Zehntel der Arbeiter und vierzehn Tage darauf ein weiteres Zehntel entlassen werden; diese Arbeiter werden dann auf unabsehbare Zeit auf die schmale Arbeitslosenunterstützung angewiesen sein. In der Weißenfelser Schuhindustrie hilft das Unternehmertum sich so, daß die bereits auf 40 Stunden herabgesetzte Arbeitszeit auf 20 Stunden verringert wird. Die schrankenlose Willkür der „Herren im Hause" wirft die Arbeiter einfach aufs Pflaster, um sie wieder zur knechtseligen Unterwürfigkeit gegenüber dem „Herrn" zu zwingen. Die ganze Unsinnigkeit und Bankrottwirtschaft der kapitalistischen Produktion werden durch die Tatsache aufgedeckt, daß manche Läger überfüllt sind, die Proletarier aber nichts kaufen können und außerdem arbeitslos gemacht werden, wodurch ihre Kaufkraft sicherlich nicht gehoben wird. Die Absicht des Unternehmertums ist klar, die Kapitalisten suchen den Kampf zwischen Kapital und Arbeit zu ihren Gunsten zu entscheiden. Davon zeugt auch der Beschluß der Vereinigung deutscher Arbeit„geber"verbände, jede neue Erhöhung der Löhne und Gehälter abzulehnen. Der zähe Wille der Ausbeuter, den Wiederaufbau der Wirtschaft unbedingt auf den Knochen der Arbeiter zu bewirken, muß zu neuen schweren wirtschaftlichen Kämpfen führen, denn die Arbeiterschaft hat Kenntnis von den fetten Dividenden und Gewinnen des Unternehmertums und wird sich nicht aufschwatzen lassen, daß die „hohen" Löhne an dem wirtschaftlichen Elend schuld seien.

**Magdeburg.** Ein Raubmord wurde hier in der Nacht zum zweiten Pfingsttag verübt. Räuber ermordeten den Kaufmann Bruno Fickert, wohnhaft in der Ebendorfer Straße, und leerten dann seinen Geldschrank, der anscheinend größere Beträge enthalten hat. Die Ehefrau und Kinder des Ermordeten waren verreist. Die unheimlich wachsende Kriminalistik ist auch ein Zeichen der sittlichen Verwüstung, die der Allverderber Weltkrieg mit seiner Verherrlichung von Morden und Sengen, Rauben und Plündern über die Menschheit gebracht hat; die sich häufenden Verbrechen bilden eine furchtbare Anklage gegen die imperialistischen Bestrebungen des Kapitalismus und die bürgerliche Gesellschaft.

57

# Der Sternsteinhof.

### Eine Dorfgeschichte von Ludwig Anzengruber.

Kathel faltete die Hände. „Um Gotteswillen, Bauer, schrei' nit so h'rum, sonst rennen d'Leut' aus'm Ort herzu, oder mer hört's ob'n auf'm Hof und 's kommen welche nachschauen; zutrag'n is mein' Sach' nit und wann mer mich da find't, werd' ich af meine alten Täg' noch davong'jagt. Laß' dir lieber sag'n, wie's zug'gangen is."

„Red'," keuchte er.

„Du warst kaum fort, so ruft die Bäuerin 'n Michl, 'n Wastl, 'n Heiner und 'n Seff und tragt ihnen auf, die eisern' Geldtruh'n aus dein' Ausgedinghäusel z'schaffen."

„Wohin? Wohin?"

„In d' schöne Stub'n, wo s' ehnder g'west is und wo s' hing'hört, wie d' Bäuerin sich hat verlauten lassen."

„Hat sie sich?" lachte der alte Sternsteinhofer grimmig. „Und bitzt steht's dort?"

Kathel nickte.

„Soll a kurze Freud' g'west sein. Wie ich h'nauf komm', werd' ich der saubern Bäuerin mein' Meinung sag'n und heut' noch, bitzt gleich an der Stell', muß mer all's wieder in alten Stand! Und dö vier Deppen („Depp" = beschränkter Kopf), was blindlings an fremd's Eigen d'Hand anleg'n dö will ich orndlich schuhriegeln, daß s' an mich denken soll'n, wie können sie sich untersteh'n — ?! —"

„Mein, was wollten s' machen? Denselben war's g'schafft. Hat eh' a G'schlepp' und Rackern dabei abg'setzt, daß ihnen der helle Schwitz (Schweiß) über'n Körper g'loffen is."

„Hehehe! Glaub's schon. G'schieht ihnen recht und dasselb' Nämliche können s' gleich wieder zum Verkosten anheb'n, denn ehnder ruh' ich nit — und sollten s' d'halbe Nacht dazu brauch'n, — bis d' Kassa an ihr'm alten Ort steht."

„Schau', hab' a Einseh'n, 'm Wastl, dem armen Hascher, is s' mit der ganzen Eisenschwer'n af'm Fuß g'fall'n, brüllt hat er wie a Ochs und einbeinlet hab'n s' 'n vom Fleck g'führt."

„Hehehe! Hat einer dabei was abg'kriegt? Das is mir lieb, und leid, daß 's nur der eine war! Hehehe, der wird sich's d'ermerken! Mein' schon auch wann einer mit 'm Lufel unter paar Zentner g'rat't, daß er alle Engeln singen hört und nachplärrt, wann's auch nit so schön ausfallt. Hehehe! Schad't nix so a Denkzettel. Geh' krump, Lump! Hehehe!"

Mitten in dem lauten Jubel über den Unfall des Knechtes, besann sich aber der Alte, wie ganz kindisch und aus seiner eigenen Weis' das sei, er legte das Gesicht in ernste Falten. „Teufl," murmelte er, „so weit wird's doch nit schon sein mit dir, — du, Sternsteinhofer, — daß d' däppisch wurd'st?! Kam 'n andern recht, dir Herr z'werd'n. Ah, nein, sein g'scheidt!" Er rückte ein wenig auf dem Kutschbocke zur Seite und sagte zur alten Schaffnerin: „Steig' auf! Woll'n mer gleich der Bäuerin unter d'Augen!"

„Wo denkst hin?" fragte erschreckt Kathel. „Der hab' ich ja g'sagt, ich wollt' af a paar Stündeln zur alten Matznerin, 's selb' hab' ich mir ausgebeten und schon a schöne Weil' mit'm Warten af dich verpaßt! Zeugschaft leist' ich dir keine und brauchst doch auch keine. Hitzt muß ich mir nur schleunen (eilen), daß ich zu der ins Ort triff, damit ich sag'n kann, ich wär' dort g'west, wann d'Red' d'rauf käm'. Gut' Nacht, Bauer, sieh' dich für und tu' nit unüberlegt." Sie eilte an dem Wagen vorbei über die Brücke, dem Dorfe zu.

Der alte Sternsteinhofer schwang die Peitsche und hieb auf das Pferd ein, dieses jagte in Sprüngen den Hang hinan und riß das Wägelchen hinter sich her. Im Gehöft angelangt, fuhr er gerad'zu auf das Haus los und fast in die Gruppe dreier Bursche hinein, die vor der Türe plaudernd standen. Zwei nahmen lachend Reißaus, der dritte, der die Hände in den Hosensäcken, einen Sprung hinter sich getan, um den Rädern auszuweichen, blieb lässig und gleichmütig stehen.

„Was laufen denn dö?" höhnte der Alte, mit der Peitsche nach den Wegeilenden deutend.

„Weil s' Letfeig'n sein," sagte der Bursche.

„Und du, Lump, b'haltst vielleicht a gut G'wissen, wann d' an einer Dieberei teilnimmst und trau'st dich noch, mir in's G'sicht z'trutzen!?"

Der Knecht zuckte die Achseln.

„Kein Red' bin ich dir wert? Na, wart', dafür lehr' ich dich Spring' machen!"

Schon hatte der Alte mit der Peitsche zum Schlage ausgeholt und der Knecht die Arme abwehrend vorgestreckt, da trat die Bäuerin aus dem Flur. „Wie er dich schlagt, Heiner," rief sie, „schlag' du nur z'ruck! Das brauchst dir nit g'fallen z'lassen. Du hast nur getan, was dir is aufg'trag'n g'west."

Da ließ der alte Bauer die Geißel hinter sich ins G'rät fallen und kletterte mit vor Wut bebenden Gliedern mühsam vom Wagensitze herab. „Du — du —," stöhnte er mit versagender Stimme, „hetz'test 's G'sind auf, sich an dein's Mann's leiblichem Vadern zu vergreifen?! — Wo is der Toni?!"

„Ob'n af seiner Stub'n, durch's offene Fenster hört er jed's Wort, was wir da reden, und wann er mir was wehren oder verweisen will, braucht er nur 'n Kopf h'rausz'stecken. Den Respekt, der dir als mein's Mann's leiblichem Vater zukäm', gäbet ich dir gern', wollt'st nur du da af'm G'höft nit mehr wie ein solcher bedeuten, aber ein' Reb'nherrn kenn' ich nit und daß du von unserm G'sind züchtigen willst, wer g'horsamt, das leid' ich nit!"

„Kenn' ich nit — leid' ich nit —" spottete der Alte nach. „O, du —! Hast aber recht, was brauch' ich dem Kerl da erst über'n Grind z'fahren? Ledig an dich hab' ich mich z'halten. Und nit als Reb'nherr, als mein eig'ner und als Herr auf und von mein'm Eig'nem frag' ich, was hast du d'rauf zu suchen, was hast du mir davon z'verschleppen?!"

„Schau, schau', du weißt das schon, bevor d' noch d'Augen in deiner Stub'n hast h'rumgehen lassen? No, das Ratsel is nit schwer z' raten den Weg, den d' kommst, is kein's g'gangen, wie d' alt' Kathel, dö Zutragerin."

„Dös is a Ehr'nweib und da af'm Hof alt word'n!"

„Und wann ich will, wird s' auch kein Tag älter d'rauf!"

„Du jagest s' fort?!" knirschte der Alte.

„Wann s' dir g'sagt hätt', was du nit erfahren durft'st, b'sinnet' ich mich kein' Augenblick, weil s' dir aber nur g'sagt hat, was ganz unverborgen bleibt, is mer d' Sach' nit so viel Aufhebens wert. G'hörig rüffeln werd' ich mir s' weg'n ihrer Hinterhaltigkeit, weiter nix."

„Ja, hab' d' Gnad', und dann sei auch so gut und laß mer nur gleich morg'n wieder mein' eisern' Schrein dorthin schaffen, von wo d' 'n heut hast wegschleppen lassen."

„Dös weniger. Der bleibt, wo er is."

„Vorenthalten tät'st mir's, Diebin?!" brüllte der alte Bauer, die Faust gegen das Weib erheben, das einen Schritt zurückwich, nicht vor der Bedrohung, sondern vor dem Schimpf. Er ließ den Arm sinken und knurrte höhnisch: „Meinst, hast was davon, dumme Mirl? Fehlt dir nit der Schlüssel? Den folg ich dir nit aus!"

„Den b'halt' nur," sagte trotzig Helene. „Ich will a Ordnung, nit das deine! Der Schrein is bei uns gut aufg'hob'n und der Schlüssel bei dir. Du bist a alter Mann, wie leicht versperrest amal nit, verstreuest selb'n was, oder a fremde Hand greifet zu, dann müßt' 's Oberste z' unterst g'kehrt wer'n, mer hätt' d' Standari (Gendarmerie) af'm Hof und 's ganz G'sind' im unb'schaffenen Verdacht. Besser bewahrt, wie beklagt! Wir langen dir nit h'nein, aber 's is nit mehr als billig, daß wir wissen, wozu du h'neinlangst; du könnt'st auch aus Vergessen ohne G'schrift Käuf' und G'schäften abschließen, dich betrügen lassen und am End' wüßt' mer nit, wo's Geld hinkämma is, ob d' Gläubiger, die sich melden, auch rechte sein und wo mer d' Schuldner z'suchen hat, d'rum g'hört der Schrein hin, dort wo er bitzt steht und er is nit's Letzte, was mer in Obhut nehmen muß, wann d' es so weiter fort treibst. Schau 's an, 's arme Roß, da steht's noch und kommt kaum zu ihm von dem Hetzen, wie d' d' Steil'n („die Steile" = die Anhöhe) h'raufteufelt bist; wenn d'Roß und Rind verabsäumst, so kann mer das unschuldig Vieh nit d'runter leiden lassen und müßt 's halt auch in unsere Ställ' einstellen."

„Du nahm'st mer auch noch mein Vieh?!"

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219200526-14/fragment/page=0003

**Versammlungs-Anzeiger USPD.**

**Halle und Saalkreis.**

Sekretariat: Harz 42—44, Zimmer 23—24.
Wochentags geöffnet von 9-1 und 4-7 Uhr.

Fernsprecher 1473.

**Halle a. d. S.**

Freitag, den 28. Mai, abends 7½ Uhr:

**Distriktsversammlungen**

in den bekannten Lokalen.

Zur Besprechung der Wahlarbeiten ist das Erscheinen aller Genossinnen und Genossen dringend geboten.

1269

**Sennewitz.**

Freitag, den 28. Mai, abends 7½ Uhr, im Adler.

Der Vorstand.

---

# Achtung, Jugend!

**Was habt ihr von den Reichstagswahlen zu erwarten?**

Zur Beratung dieser Frage findet am
Freitag, den 28. Mai, abends 7 Uhr,
im Volkspark (Gaststube)
eine

**Oeffentl. Jugendversammlung**

statt, in der Genosse **Scholem** spricht.

Jugendliche, erscheint in Massen! 1268

Sozialdemokratischer Verein f. Halle-Saalkreis (USPD.).

---

DEUTSCHER METALLARBEITER VERBAND

HALLE A.S. FERNRUF BÜROZEIT 11-1, u. 4-6.

HARZ 42/44 № 1726 SONNABEND 9-2.

**Freitag, den 28. Mai, abends 7½ Uhr, im grossen Saale des Volksparks:**

**Mitglieder-Versammlung.**

Tagesordnung:

1. Wahl des 2. Bevollmächtigten.
2. Die Gewerkschaften und die Reichstagswahlen.

Redner: Bezirkssekretär **Franz Peters.**

3. Bericht und Beschlussfassung über die vor dem Schlichtungsausschuss behandelten strittigen Tarifpunkte, Ferien usw., sowie über die Nachprüfung des Schiedsspruches vom 3. Mai d. J.

Kollegen, die wichtige Tagesordnung erfordert das Erscheinen aller.

**Ohne Mitgliedsbuch oder Ausweis kein Zutritt.**

1258 **Die Ortsverwaltung.**

---

**Deutscher Bauarbeiterverband**

**Bezirksverein Halle.**

Freitag, den 28. Mai, abends ½8 Uhr, im Gewerkschaftshaus (Zimmer 14): 1267

**Sitzung der Baudelegierten und des Vorstandes.**

Auch die Sektionsleiter sind zu dieser Sitzung eingeladen. Die Ortsverwaltung.

---

*572

**Eilenburg.**

**Alle Betriebsräte und die Vertrauensleute der Betriebe** werden zu einer

**Vollversammlung**

**Donnerstag, den 27. Mai, abends 7 Uhr,** in der „Quelle", eingeladen.

Tagesordnung:

**Aufbau u. Aufgaben d. Betriebsorganisation**

Referent: Genosse **Willi Dörr, Halle.**

Zahlreiches Erscheinen erwartet

**Der Einberufer.** Otto Fischer.

---

**Zigaretten-Großhandlung**

**Poststraße 6**

**engl., amerikan., ägyptisch. und deutsche**

**Zigaretten** 1203

**bekannt billigste Bezugsquelle für**

**Wiederverkäufer, Gastwirte und Kantinen.**

**K. Gimpel,** Poststr. 6.

---

**Kontrollkassen**

**stets billig zu verkaufen.** 1236

**Otto Fischer, Inh. d. Fa.: Fischer & Pretsch.**

**Friedrichstr. 70. Fernspr. 5068.**

---

# Frauen u. Mädchen!

**Beamtinnen, Angestellte, Hausfrauen, Arbeiterinnen!**

**Donnerstag, den 27. Mai, abends 8 Uhr,**
im **Wintergarten,** Magdeburger Straße 66:

**Wählerversammlung für Frauen.**

Vortrag über: 1264

**Was haben wir Frauen von den Wahlen zu erwarten?**

Rednerin: Genossin **Wackwitz, Weißenfels,**

**Kandidatin zur Reichstagswahl.**

**Wählerinnen! Ihr habt am 6. Juni euer Wohl und Wehe in der Hand.**

**Sozialdemokratisch. Verein für Halle-Saalkreis (USPD.).**

---

# Wähler-Versammlungen

**im Saalkreise.**

***Nauendorf.***

**Sonnabend, 29. Mai, abends 8 Uhr, im Gasthaus Husing.**

***Mötzlich.***

**Freitag, den 28. Mai, abends 8 Uhr, im Gasthaus Maye.**

***Trebitz b. Könnern* und Umg.**

**Freitag, den 28. Mai, abends 8 Uhr, im Schulhaus.**

Tagesordnung in allen Versammlungen:

**Die Reichstagswahlen. — Das schaffende Volk am Scheidewege.**

1273 Redner die Genossen **Jänicke, Bürger,**

**Hildebrandt, Kandidat zur Reichstagswahl.**

**Sozialdemokratischer Verein f. Halle-Saalkreis (USPD).**

---

**F. H. KRAUSE**

**IN ALLEN FILIALEN**

**Sehr süsse**

**la Marmelade**

Pfund **4.60** Mk. 1272

---

**Ein Juwel**

gegen alle Hautunreinigkeit, Mitesser, Pickel, Sommersprossen und herrlichen Teint erzielt

gesetzl. gesch. **Creme Cäcilie** ärztl. geprüft.

Vorzüglich bei Hautausschlag, Flechte, offenen Beinen, Hämorrhoiden, Brandwunden sofort schmerzstillend. **Toilettencreme Mk. 10, Heilsalbe Mk. 9.** Porto und Verpackung extra. Echt nur **Cäcilien-Versand, München 7,** Postfach 54—55. *367

---

**Sohlleder-Ausschnitt,** Gummi-Absätze und -Ecken.

*46 **Lederhandlung, Brüderstr. 13.**

---

**Parteischriften** empfiehlt **Volks-Buchhandlung.**

---

**Arbeitsmarkt**

**Frauen zum Mieten**

**werden angenommen, pro Morgen** 100 **Mk.** 1263

**Otto Keitel, Diemitz, Wilhelmstr. 20.**

---

**Installateure,**

kauft Euer Material bei **mir!**
Ich liefere **nicht an Private.**

**Otto Fischer, Inh. d. Fa. Fischer & Pretsch.**

Friedrichstr. 70. 1237 Fernruf 5068.

---

**Maurer u. Zimmerleute**

werden sofort bei gutem Lohn **eingestellt.**
Für Unterkunft und Verpflegung ist gesorgt. *559

Meldungen **„Union-Baugesellschaft auf Aktien"**, Vertretung **Mückenberg N./L.**

---

**Zigaretten.**

Erstklassige Qualitätsmarken **aus reinem** orientalischen Tabak:

20 ₰-Verkauf m. Mundst. ℳ 170,—
25 ₰-Verkauf o. Mundst. ℳ 210,—
30 ₰-Verkauf o. Mundst. ℳ 230,— 250,—
30 ₰-Verkauf (Gold) ℳ 250,—
40 ₰-Verkauf o. Mundst. ℳ 275,— 300,— 335,—
50 ₰-Verkauf o. Mundst. ℳ 410,—
60 ₰-Verkauf o. Mundst. ℳ 500,— *566

**Dicke Türken.**

50 ₰-Verkauf ℳ 410,—

Preise per 1000 Stück **einschließl. neuer Steuer.** Nachnahmeversand von 500 Stück an. Jeder Versuch führt unbedingt zur Nachbestellung.

**M. Guttmann,**

**Berlin O. 27/B.,**
**Alexanderstrasse 22.**

---

**Ordentlich. Junge**

zum **Postkartenverkauf** f. Sonntags gesucht. Zu erfragen im Volkspark. 1261

---

**Solide Existenz.**

Strebsamen Leuten richtet leistungsfäh. chem. Fabrik **Versandgeschäfte,** auch als Nebenberuf, ein. Gering. Kapital erforderl. Meldungen unt. **A. T. 847** an **Rudolf Mosse, Magdeburg.** *570

---

**Reparaturen**
an 496
**:: Uhren ::**
übern. bei solider Ausführ. zu normalen Preisen.
**H. Lorner,** Uhrmacher,
Große Steinstraße 85
(gegenüber Barfüßerstr.).

---

Eine Sehenswürdigkeit ist mein 800

**Damen-Frisiersalon.**

**J. Wrycza,**
Leipziger Straße 28.

---

Ausschneiden! Aufbewahren!

**+ Frauen +**

**verlangen** [*61
bei Störungen u. Unregelmäßigkeiten sofort nur d. anerkannt vorzügliche
**Dr. Hoffmanns Mensalin.**
Bestbewährt u. empfohl. Garant. unschädl. Pr. M. 8.00
Versand diskr. nur durch
Dr. K. Hoffmann & Co., Berlin-Schöneberg 243.

---

---

**Raucherstreik!**

ermöglicht in einig. Tagen das Rauchen ganz od. teilweise zu unterlassen. Wirkung verblüff. Vollst. unschädlich. Täglich Anerkennungen. Auskunft umsonst.
**Merkur-Versand München 201,**
*331 Neureutherstr. 13.

---

**Gummi-**
**waren-Versand,**
Liste Nr. 3 einfordern.
**E. Kertzscher,**
**Leipziger Str.**
(Ecke Poststr.). 67

---

**+ Kluge +**

**Frauen**

**nehmen bei Störung, Stockung,** nur die seit Jahren glänzend bewährten **Frebar-Apparate. Tropfen** extrastark M. 12.50. Trinktee M. 4. Fußbadepulver M. 4. In hartnäckigen Fällen gesamte Kur anwenden. Fr. O. i. H. schreibt: Ihre Präparate sind hervorragend u. ist der Erfolg sicher. Senden Sie mir sofort noch eine Kur, ich will diese nicht mehr entbehren. Preisliste über **Hygien. Artikel** gratis durch: **Vers. München 7,** Postfach 54—55. *428

---

**Echter Kautabak,**

**Verbandsware, Stangen** und Rollen à **2** Mk.

**Swarten, Krusen,** Hamburger Art, **Pack. 1,20** Mk.

**Zigarren, preisw.**

**Zigarretten, reiner Tabak,**
m. Mundst. v. **20** Pf. an,
ohne „ v. **25** „ an
empfiehlt 1202

**E. Sorg, Hermannstr. 7,**
Eckladen,
gegenüb. Hermannschule.

---

**In einer Stunde** vertilgen Sie unter **Garantie** Kopf-, Filz- und Kleider-

**Läuse**

f. Brut (Niss.), Flöhe b. Mensch. u. Tier. „Ekolda" pat. gesch. Mittel. Wund. unschädl. Verk. Halle, nur **Schurig, Steinweg 10.** Postvers.

---

**Zigaretten.**

Die bekannten Marken: **Chesterfield, N bo, Columbia, T & B,** und andere Sorten in **engl., amerik., ägypt. und deutschen Zigaretten.**

**Schlager für sich! R. C.-Zigaretten, pro Mille 390 Mk.**

**Echt. Nordh. Kautabak.** 1270

**Billigste Bezugsquelle f. Wiederverkäufer.**

**A. M. Berndt, vorm. K. Gimpel,** Alte Promenade 6 (i. Reichshofsgebäude).

---

**Massives Grundstück**

mit Garten, Stallung, elektr. Licht, Wasserleitung und Toreinfahrt, soll 1256

**Montag, den 31. Mai,** zu **Holzweißig**
**im Sonntagschen Gasthof**
gerichtlich verkauft werden.

Auskunft bei **Mennicke, Halle,** Meteritzstr. 4 II.


# Amtliche Bekanntmachungen.

## Halle.

**Städtischer Verkauf von Milchsüßspeise**

in der Talamtschule am Donnerstag, den 27. Mai. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 40001—50000, vormittags von 8—12, und die Inhaber der Nummern 50001—61000, nachmittags von 2—6 Uhr. Es werden an jede Person eines Haushaltes 2 Pakete zum Preise von 55 Pf. für das Paket abgegeben. Der Lebensmittelschein ist vorzulegen. Abgezähltes Geld ist bereit zu halten.

**Städtischer Verkauf von Armee-Konserven und weißen Bohnen mit Fett und Tomaten**

in der Talamtschule am Donnerstag, den 27. Mai. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 40001—50000, vormittags von 8—12 Uhr, und die Inhaber der Nummern 50001—61500, nachmittags von 2—6 Uhr. Gegen Vorlage des Lebensmittelscheines kann an Haushalte mit einer Person eine Büchse weiße Bohnen mit Fett und Tomaten, an Haushalte mit zwei Personen eine Büchse Armee-Konserven (ca. 600 Gramm Inhalt) und an Haushalte mit drei Personen eine Büchse weiße Bohnen mit Fett und Tomaten und eine Büchse Armee-Konserven usw. abgegeben werden. Der Verkaufspreis für eine Büchse weiße Bohnen mit Fett und Tomaten beträgt 2,70 Mk. und für eine Büchse Armee-Konserven 6,50 Mk. — Abgezähltes Geld ist bereit zu halten.

Die mit **Genehmigung** des Reichswirtschaftsministeriums festgesetzten **Preise für fetthaltige Waschmittel** betragen bis auf weiteres für: 1 Stück reine Kernseife 5 Mk., 1 Doppelstück reine Kernseife 10 Mk., 1 Stück reine Feinseife 5 Mk., 1 Stück Rasierseife 2,50 Mk., 1 Stück K. A.-Seife 2 Mk., ½-Pfund-Paket Seifenpulver 3,50 Mk., 1-Pfund-Paket Seifenpulver 7 Mk. Diese Preise sind Höchstpreise. Die Seifen und Seifenpulverpakete werden in Zukunft mit Genehmigung des Reichswirtschaftsministeriums ohne Preisaufdruck hergestellt.

Vorstehende Preisfestsetzung wird hiermit auf Anordnung des Ueberwachungsausschusses der Seifenindustrie zur Kenntnis gebracht.

Diejenigen Inhaber von Kleinhandelsgeschäften, welche Kundenlisten eingereicht haben, werden hiermit aufgefordert, bei den von ihnen gewählten Großfirmen, die in nächster Woche zum Verkauf gelangenden **Haferflocken und Speisesirup** (Gefäße mitbringen) vom 27.—29. Mai abzuholen. Bekanntmachung über **Regelung des Verkaufs erfolgt später.** Die Ablieferung der bei obiger Verteilung abzutrennenden Marken hat bis spätestens zum 14. Juni, zu Hunderten gebündelt, im Stadternährungsamt, Marktplatz 22, 1. Obergeschoß, **Saal links, unter Angabe des Restbestandes** zu geschehen.

**Kohlenversorgung für gewerbliche Verbraucher von mehr als 10 to im Monat.**

Gewerbliche Betriebe, die mehr als 10 to Kohlen monatlich verbrauchen, haben ihren Bedarf für den Monat Juni 1920 umgehend anzumelden, und zwar unter Verwendung der vorgeschriebenen Meldekarten, die für die im Stadtkreis Halle a. d. S. wohnhaften Verbraucher im Zimmer 1a der Ortskohlenstelle, vormittags von ½9—½1 Uhr, abgeholt werden können. Der Preis beträgt: für 1 Heft mit 4 Karten 0,50 Mk., für 1 Einzelkarte 0,10 Mk.

**Die Ortskohlenstelle.**

Für den **Standesamtsbezirk Rösa** ist an Stelle des Auszüglers Ludwig Wachsmuth der bisherige Stellvertreter und Gemeindevorsteher Otto Wachsmuth zum Standesbeamten und an dessen Stelle der Landwirt Oswald Jahn zum Stellvertreter des Standesbeamten bestellt worden.

Merseburg, den 4. Mai 1920.

**Der Regierungspräsident.**
J. V.: Bolze.

## Bitterfeld.

Es sind wieder **gefälschte Mai-Zuckermarken** im Umlauf. Das Papier ist dünner und zum Teil etwas dunkler als das der echten Marken. Der violette Untergrund ist fast unkenntlich und vollkommen verschwommen. Das rote lateinische „S" ist nicht, wie bei den echten Marken, wagerecht schraffiert, sondern voll ausgedruckt. Wir warnen daher die Zuckerhändler, solche Marken einzulösen.

Bitterfeld, den 25. Mai 1920.

**Der Kreisausschuß des Kreises Bitterfeld.**
J. V.: Stammer, Kreisdeputierter.

# Familien-Nachrichten.

Am 25. Mai, morgens 6½ Uhr, entschlief nach schwerem Leiden meine liebe Frau

**Nanny Hübener**

**geb. Hebestreit**

im Alter von 33 Jahren. 1260

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

**Gustav Hübener.**

Die Einäscherung findet Freitag, d. 28. Mai, nachmittags 2 Uhr, von der kleinen Kapelle des Gertraudenfriedhofes aus statt.

— Kranzspenden verbeten. —

---

Am 19. Mai verschied unser lieber Bruder der Kesselschmied
**Anton Knoche**
Hamburg. 1262
**Halle, den 26. Mai.**
**Gustav u. Franz,** Brüder.

---

**Danksagung.**

Zurückgekehrt vom Grabe meines innigstgeliebten Sohnes, unseres lieben Bruders und Schwagers
**Willi Schulze**
sagen wir allen herzlichsten Dank, welche ihm das letzte Geleit gaben, sowie für die reichlichen Kranz- und Geldspenden. Dank dem Redner Bruks, dem Distrikt Niemberg d. USP., dem Landarbeiterverband Gruppe Spickendorf-Niemberg, sowie der Abordnung d. Grube Cecilie-Lützkendorf und seinen Arbeitskollegen.

Im tiefen Schmerz:
**Die schwergeprüfte, tieftrauernde Mutter nebst Angehörigen und die tiefbetrübte Braut Ww. Chwidlkowski.**
Niemberg Nr. 65. *569


Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219200526-14/fragment/page=0004

# Halle und Saalkreis.

Halle, den 26. Mai 1920.

## Das Treiben der Putschisten.

Unsere Enthüllungen über das gemeingefährliche Treiben der gegenrevolutionären Putsch- und Spitzelzentrale haben wie ein Volltreffer gewirkt. Man ist wie vom Schlage getroffen. Ein Abstreiten ist nicht möglich, da unsere Behauptungen durch genaue Angaben einwandfrei belegt worden sind. Zu diesem Schluß kommt auch die Saale-Zeitung in ihrer gestrigen Abendausgabe und meint, daß die Behörden sich mit dieser Angelegenheit beschäftigen müssen. Die Sache sei erheblich genug, daß der Oeffentlichkeit Aufklärung gegeben werden müsse. Die Behörden haben bisher nichts von sich hören lassen; nur eine in dem Aufsatz genannte Person, der Oberleutnant Gießen, hat bis jetzt die Sprache wiedergefunden. Ausgerechnet in der Halleschen Zeitung läßt er einen Artikel los, in welchen er einen langen, aber vergeblichen Reinwaschungsversuch unternimmt und uns mitteilt, daß er sich in weitere Preßpolemiken mit dem Volksblatt nicht einlassen, vielmehr weitere Strafanträge stellen würde. Als wenn wir uns durch solche albernen Drohungen mit dem Staatsanwalt auch nur einen Augenblick davon abhalten ließen, in das dunkle Treiben jener gemeingefährlichen Gesellschaft hineinzuleuchten. Wir werden uns morgen mit dem Elaborat des Herrn Oberleutnants und den Weisheiten, die von der Halleschen Putsch-Zeitung außerdem noch besonders beigesteuert werden, noch eingehend beschäftigen. Für heute wollen wir nur mitteilen, daß die über alle Vorgänge im gegenrevolutionären Lager sehr gut unterrichtete Hallesche Zeitung aus Naumburg erfahren hat, daß dort die Geheimagentin Schröder-Mahnke einen Selbstmordversuch verübt habe, indem sie Arsenik nahm. Sie ist ins Naumburger Krankenhaus eingeliefert worden.

Hoffentlich läßt man dieses nützliche Mitglied der sauberen Spitzelzunft nicht wieder entwischen, wie man das bisher immer getan hat. Es wäre auch sehr zu wünschen, wenn der Reichskommissar für die sogenannte Sicherheit sich in den Besitz der wichtigen Dokumente setzen würde, die bei der Schröder vorgefunden wurden, und interessante Einzelheiten über die Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk, ferner über das Abkommen mit der Ukraine, sowie über die Vorgänge in Estland und Livland enthalten sollen. Ehe sie sich verkrümeln in die Hände derer, die ein Interesse daran haben.

Die Richtigkeit unserer bis ins kleinste zu belegenden Behauptungen wird nicht nur durch den Selbstmordversuch der Provokateurin bestätigt, sondern auch durch einen längeren Aufsatz, den der Vorwärts über den in Vorbereitung befindlichen Rechtsputsch in seiner gestrigen Morgenausgabe bringt. Das rechtssozialistische Zentralorgan will seine Angaben von ganz besonders informierter Seite erhalten haben, in denen es in bezug auf die Situation in Mitteldeutschland heißt:

**Was nun die Taktik des geplanten Vorgehens anbelangt, so gedenkt man es diesmal ganz anders zu machen als am 13. März. Man setzt seine Hoffnung auf das baldige Ausbrechen kommunistischer Aufstände in Mitteldeutschland unmittelbar im Anschluß an die Wahlen. Leider liegen Anzeichen vor, wonach das Eintreffen dieser Spekulation nicht als unwahrscheinlich bezeichnet werden kann. Für den Fall, daß die Kommunisten sich als zu „schlapp“ erweisen sollten, bereisen verkleidete Freikorps-Offiziere das mitteldeutsche Industriegebiet, um der Sache etwas nachzuhelfen.**

**Bricht nun der erwartete und erhoffte Kommunistenputsch aus, so sollen Reichswehr und Freikorps sich möglichst passiv verhalten und eine Art Militärstreik inszenieren, um den Putsch möglichst an Ausdehnung gewinnen zu lassen. Die Bevölkerung und die Regierung sollen erst eine Zeitlang im roten Terror „schmoren“. Mittlerweile wollen die Rechtsbolschewisten das Chaos in Mitteldeutschland vollenden. Unter Hinweis auf den Bolschewismus sollen die in Westfalen massierten Freikorps die Kohlenzufuhr abschneiden, während man gleichzeitig mit Hilfe der auf den ostelbischen Gütern einlogierten Freischärler die Lebensmittelzufuhr unterbinden will. Erst dann, wenn hierdurch Hungersnot und Arbeitslosigkeit auf den Gipfel getrieben sind, sollen die Truppen als „Retter in der Not“ erscheinen, den „Bolschewismus niederschlagen, um nunmehr als Sieger selber eine neue Regierung einzusetzen“.**

Zu den verkleideten Freikorpsoffizieren, die im Lande herumreisen und den heißersehnten Putschen ein wenig nachhelfen, scheint auch der Leutnant Hansen alias Schaum zu gehören. Wenigstens sind ziemlich genaue Beweise dafür vorhanden, daß der Leutnant kurz vor dem Sangerhäuser Putsch dort eifrig tätig gewesen ist. Jedenfalls können unsere einwandfreien Feststellungen nicht entkräftet werden durch die Veröffentlichung künstlich gemachter neuer linksradikaler Putschpläne, womit die Hallesche Zeitung auch heute fortfährt. Bis aus Bayern läßt sich das Blatt von „ganz besonders eingeweihter Seite“ mitteilen, daß die „Rote Armee“ in Mitteldeutschland teils schon gebildet, teils in der Bildung begriffen sei. Alle diese Schauergeschichten verfolgen nur den einen Zweck, von den Machenschaften der Rechtsputschisten abzulenken und die eigenen Vorbereitungen vollenden zu können.

Es muß direkt befremdend wirken, daß auch die Sicherheitspolizei in Halle eifrigst bemüht ist, die durch die reaktionäre Presse ohnehin schon ängstlichgemachten Hallischen Spießer noch mehr zu schrecken. Zahlreiche Anwohner der Kaserne in der Reilstraße, soweit sie den „besseren“ Ständen angehören, sind von der „Sipo“ darauf aufmerksam gemacht worden, daß das Gelände um die Kaserne am 4. und 5. Juni „Operationsgebiet“ werden würde, weil — natürlich! — ein Putsch von links ganz bestimmt losgehen würde. Mit einer Beharrlichkeit, die wahrscheinlich einer besseren Sache würdig wäre, verfolgen die Gegenrevolutionäre ihr Ziel. Man erzeugt mit Hilfe von Spitzelberichten künstlich eine Putschstimmung, damit die Regierung sich nicht etwa herbeiläßt, den nur noch in der Provinz Sachsen und Bayern geltenden Belagerungszustand aufzuheben, um die Aufmerksamkeit vom Kapp-Putsch abzulenken, und um den Wahlausfall zu beeinflussen. Man sieht, in der Wahl der Mittel sind die herrschenden Machthaber nicht zimperlich.

---

## Staatsanwalt Mosler will nicht!

In seiner Sitzung am 5. Mai hat der Wahlausschuß im 13. Kreise dem Genossen Kilian das von Genossen Hennig niedergelegte Mandat zur verfassunggebenden Preußischen Landesversammlung zugesprochen und ihn um Annahmeerklärung zu Händen des Wahlkommissars ersucht. Diese Erklärung ist am 8. Mai erfolgt. Darauf ging das Landtagsmandat endgültig auf den Genossen Kilian über; die Landesversammlung führt ihn bereits öffentlich als Mitglied, was aus der Zusendung der amtlichen Drucksachen hervorgeht.

Am 8. Mai wandte sich Genosse Kilian zugleich an den Justizminister mit dem Ersuchen um Haftentlassung zum Zwecke der Ausübung des Mandats. Nachdem am 11. Mai Genosse Oelßner in Berlin mit der obersten preußischen Justizbehörde verhandelt und die Zusicherung erhalten hatte, daß Kilian freigegeben würde, lief das Gesuch des Abgeordneten „zur Prüfung und weiteren Veranlassung“ auf dem Instanzenweg an die Staatsanwaltschaft am Landgericht Halle. Diese lehnte, wie wir erfahren, die Haftentlassung des Abgeordneten Kilian rundweg ab.

Der Erste Staatsanwalt, der diese Entscheidung zu verantworten hat, die einen Schlag ins Gesicht der parlamentarischen Demokratie bedeutet, heißt Dr. Mosler. Dieser Mosler ist derselbe, der im vorigen Jahre Bemühungen unserer Parteileitung um die Haftentlassung des Genossen Kilian hintertrieben hat, indem er im entscheidenden Augenblick an den Justizminister ein Telegramm sandte mit der Behauptung, Kilian wolle die Haftentlassung gar nicht. Diese Behauptung war wahrheitswidrig, denn es war dem Ersten Staatsanwalt sicher bekannt, daß der Rechtsbeistand unseres Genossen die Haftentlassung in einem ausführlichen schriftlichen Antrage ausdrücklich gefordert hatte, selbstverständlich mit Einverständnis Kilians.

Wer sich dieser Tatsachen erinnert, kommt leicht zu der Ueberzeugung, daß Herr Mosler seine Gründe hat, wenn er sich mit Händen und Füßen gegen die Befreiung des Genossen Kilian zur Wehr setzt. Ein Kritiker im Gefängnis ist nicht so gefährlich, wie ein Kritiker auf der Parlamentstribüne. Das glauben wir. Aber wir glauben auch, daß Herrn Mosler diese Bemühungen bei dem gegenwärtigen Stand der Sache kaum etwas nützen werden, denn man kann sich nicht gut denken, daß in der demokratischen Republik ein Staatsanwalt darüber entscheidend zu befinden hat, ob ein Parlamentsmitglied zum Zwecke der Ausübung seines Mandates aus dem Gefängnis freizugeben ist oder nicht. Wir erwarten vom Justizminister, daß er dem Willen der Wähler und seinem eigenen baldigst Anerkennung zu verschaffen weiß.

---

## Der Tarif der Angestellten.

Wenn die Angestellten sich die letzte, noch nicht ganz vollendete Tarifbewegung vor Augen führen, so ist die Tatsache zu verzeichnen, daß ein anderer Geist unter den Angestellten Platz gegriffen hat, der aber immerhin an Klarheit und Zielbewußtsein noch vieles zu wünschen übrig läßt. Das Gros der Angestellten lebt freilich noch in der Befangenheit bürgerlicher Anschauungsweise. Die Angestellten glauben eben eine ganz besondere Klasse zu sein. Das Unternehmertum hat selbstverständlich ein Interesse daran gehabt und hat es heute noch, sie in ihrer Auffassung zu unterstützen. Sie brauchen naturgemäß die Angestellten zur Aufrechterhaltung des Kapitalismus. Durch die Harmoniedusele der Angestellten war der Pakt mit dem Unternehmertum geschlossen. Ausbeutung und Entrechtung der Angestellten durch diese Zustände war eine natürliche Folge. Heute behaupten die Angestellten selbst mit Recht, daß sie weit mehr hungern als die Arbeiter.

Wenn die Angestellten glauben, nun mit vorübergehenden wirtschaftlichen Verbesserungen ihre Pflicht getan zu haben, so irren sie sich. Sie müssen, wenn sie nicht weiter darben wollen, aus ihrer Befangenheit heraus und sich politisch orientieren. So hat sich kürzlich ein deutschnationaler Firlefanz wie Herr Nikolaus Schäfer, Reichstagskandidat der Deutschnationalen Partei und zugleich Mitglied des DHV., als Angestelltenvertreter ausgegeben. Er soll im Reichstag die Angestellteninteressen vertreten. U. a. will Herr Schäfer, wohlgemerkt ein Vertreter der reaktionärsten Partei, für die „Sicherung der Tarifverträge“ eintreten. Hält nun ein Angestellter so etwas für möglich, daß ein Vertreter des Kapitalismus den Ast absägt, auf dem er selbst sitzt. Ach nein, Herr Schäfer denkt gar nicht daran, denn er sagte in der Versammlung im Apollo-Theater: das, was Kapp wollte, das wollte er auch. Das bedeutet die Zertrümmerung dessen, was sich die Angestellten in wirtschaftlicher Beziehung erkämpft haben. Oder sollten Kapp und Genossen ebenfalls wie Herr Schäfer für die Sicherung der Tarifverträge eintreten?

Kollegen und Kolleginnen! Brauchten wir uns dann überhaupt noch wegen der elementarsten Lebensrechte und Bedingungen der Angestellten vor dem Schlichtungsausschuß mit den Unternehmern, welche zum größten Teil die Deutschnationale Partei verkörpern, herumzuschlagen? Diese Partei ist es ja, die das Reichsministerium mit den von ihm eingesetzten Schlichtungsausschüssen bekämpft! Angestellte! Erkennt das Treiben dieser Herren! Stimmenfang zur Reichstagswahl ist ihr Ziel, nicht aber die Befreiung der Angestellten aus ihrer Not und Unterdrückung vom Kapitalismus. Angestellte! Seid auf der Hut! Wollt ihr gleichgestellt sein mit dem Arbeiter und wollt ihr, daß nicht mehr Willkür des Chefs über euer Schicksal entscheidet, wollt ihr Tarife erfolgreich abschließen, wollt ihr mitbestimmen in euren Betrieben und so nützliche Glieder der Gesellschaft werden, dann müßt ihr den konsequenten Klassenkampf gemeinsam mit den Arbeitern führen zum Wohle der Menschheit! Darum wählt die Liste

**Kunert — Koenen — Düwell.**

*

Der Zentralverband der Angestellten, Harz 42-44, erteilt über den Stand des jetzigen Tarifes Auskunft und nimmt zu jeder Zeit Aufnahmen entgegen. Kollegen und Kolleginnen! Das Unternehmertum wirft neuerdings unter den eigenartigsten Vorwänden die Angestellten auf die Straße! In Wirklichkeit ist aber der Tarif die Ursache derartiger Vorkommnisse. Angestellte! Wehrt euch gegen solche Ungerechtigkeiten und sucht Schutz bei eurem Verband!

---

## Erneute Repressalien der Eisenbahndirektion.

Der seit Jahrzehnten geführte Kampf, den 1. Mai als Weltfeiertag gesetzlich festzulegen, ist an der Zusammensetzung der Nationalversammlung gescheitert. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund hat auf dem Nürnberger Kongreß erneut beschlossen, den 1. Mai als Weltfeiertag durch Arbeitsruhe in allen Industrie- und Staatsbetrieben zur Durchführung zu bringen. Zu diesen gehören auch die Staatseisenbahnen. Die Direktionen in allen Bezirken haben sich mit den Arbeiterräten und Arbeiterausschüssen dahingehend geeinigt, am 1. Mai alles, bis auf den notwendigsten Zugfernverkehr, ruhen zu lassen.

Nur in dem Betriebsmaterialienmagazin der Eisenbahndirektion Halle scheint ein besonderes Abkommen zwischen dem Obersekretär Keil und dem Oberbaurat Meyer getroffen worden zu sein. Beide versuchen, den verspäteten Telegrammeingang auf das Konto der dort beschäftigten Kohlenlader abzuwälzen. Der Antrag des Keil soll dahin gehen, **4 Kohlenlader zu entlassen und 23 Kohlenlader mit empfindlichen Geldstrafen zu belegen, weil sie den 1. Mai auf Organisationsbeschluß gefeiert haben.** Man sollte annehmen, daß die Direktion Halle auch die untergeordneten Instanzen bei solch wichtigen Beschlüssen zwischen Arbeiterschaft und Verwaltung auf telegraphischem Wege ebenso schnell informiert, wie bei dem Kapp-Putsch in der Zeit vom 12. bis 14. März. Hier scheint allerdings, wie immer bei Regelung von Rechts- und Existenzfragen der Arbeiterschaft, bei Herrn Meyer ein großes Dilemma vorzuherrschen. Oder soll das seit Wochen von verschiedenen Seiten schwirrende Gerücht, daß erneut Entlassungen vorgenommen werden, jetzt durch den Vorstoß des Herrn Keil zum Austrag gebracht werden? Die Herren Keil und Meyer sind als Todfeinde des Deutschen Eisenbahnerverbandes seit langem bekannt; ersterer ist sogar ein eifriger Agitator des AEV. Auch brachte er es fertig, zwei weibliche Bedienstete unter Androhung der Entlassung aus dem DEV. herauszubringen. Dieser Herr scheint auch noch ein besonderes Privileg für sich in Anspruch zu nehmen, indem er abgeschlossene Tarifverträge nicht anerkennt. Er bezichtigt den DEV. unlauteren Wettbewerbs, weil er mit der Durchführung der tariflichen Bestimmungen materiell schädigend auf die Arbeiterschaft wirken soll. Mit welcher Sicherheit die Entlassung und Bestrafung der am 1. Mai feiernden Kohlenlader der Eisenbahndirektion unterbreitet wird, besagt ein 12 Seiten stark verfaßtes Protokoll, verfaßt nach echt „altpreußischem Geiste“:

„Das Fernbleiben und eigenmächtige Verlassen des Dienstes am 1. Mai kann unmöglich geduldet werden. . . . Würden die Kohlenlader den 1. Mai in Zukunft bezahlt kriegen, würden diejenigen, die Dienst geleistet haben, bei der nächsten Maifeier auch nicht arbeiten. Ich bitte zu genehmigen, daß den genannten Kohlenladern der 1. Mai nicht bezahlt wird. . . .“

Randbemerkungen wie: „Ist Ausrede; die Telegramme lagen aus. Sie haben die Depeschen unter sich besprochen. gez. Keil.“, „Hat schon früher um Versetzung gebeten, weil sein Schwiegersohn bei der Reichswehr ist. gez. Keil.“, standen in dem Protokoll. Dies alles kennzeichnet das Protokollwesen auf den Staatsbahnen, trotz des Verbots des Eisenbahnministeriums. Der alte Geheimratsgeist feiert seine Orgien mehr wie zuvor.

Herr Meyer, der in den kritischen Tagen des Kapp-Putsches Rechenschaft ablegen sollte und sich ausschwieg, mit dem Bemerken, nichts von dem jetzt dem Untersuchungsausschuß vorliegenden Telegrammwechsel zu wissen, scheint sehr schnellvergeßlich zu sein. Die Direktion beschwor, keine Truppen nach Halle verlangt zu haben. Wir empfehlen aber die vom Redakteur der deutschnationalen Halleschen Zeitung, Böttcher, verfaßte Broschüre über die Märzereignisse in Halle zu lesen. Dort steht klar und deutlich geschrieben, daß die Eisenbahndirektion es gewesen ist, die das Militär zur Verhaftung der 12er Kommission herbeigerufen hat. (Angeblich zum Schutze des Betriebes!) Das Vertrauen, das die organisierte Beamten- und Arbeiterschaft hatte, ist deshalb endgültig dahin durch die in der Broschüre niedergelegten Dokumente. Und trotzdem wagt man die unberechtigten, allen Rechtsgrundsätzen widersprechenden Entlassungsmaßnahmen. Durch Erlaß der Reichsregierung sollten alle Protokolle vernichtet werden; neuangelegte, mit Randbemerkungen versehene, sind gesetzwidrig und strafbar. Herr Meyer hält aber das Protokollverfahren des Herrn Keil für durchaus begründet und schlägt seinerseits vor, den Entlassungsanträgen des Herrn Keil stattzugeben. Auch Herr Geheimrat Schönemann akzeptiert gemäß einer Randbemerkung die Anträge des Herrn Keil.

Wir fragen nun die gesamte Arbeiterschaft und die Oeffentlichkeit: Wer ist auf den Staatsbahnen der Unruhestifter? Wer verleitet die Arbeiterschaft zur Unlust und Unwirtschaftlichkeit im Dienst? Uns scheint, daß Kräfte am Werke sind, durch unverantwortliches Vorgehen zu den kommenden Reichstagswahlen die Eisenbahner in einen Streik zu hetzen und dadurch den ersehnten Putsch herbeizuführen. Hoffentlich wird die Organisation sofort Schritte bei denjenigen Instanzen unternehmen, die dem Versprechen gemäß solche Zustände in den Juristen- und Dezernentenstuben im Interesse der Volkswirtschaftlichkeit beseitigen wollen. — Kommt es aber zur Entlassung der Kohlenlader, so haben die mit ganzem Herzen am alten System klebenden Beamten die Verantwortung vor der Oeffentlichkeit zu tragen!

---

## Der Streit zwischen Aerzteschaft und Krankenkassen.

Die Allgemeine Ortskrankenkasse für den Stadtbezirk Halle teilt uns im Anschluß an die Bekanntmachung in der heutigen Nummer folgendes mit:

Auch unsere Aerzte haben das Vertragsverhältnis fristlos zum 25. Mai 1920 mittags 12 Uhr gekündigt, obwohl für unsere Mitglieder seit 1914 die freie Aerztewahl eingeführt ist, also die Hauptforderung der Aerzteschaft erfüllt ist. Die Honorarfrage ist zwischen uns und unseren Aerzten durch einen Vertrag vom 21. 4 1920, vom 1. März 1920 ab geregelt, und zwar sind seit dieser Zeit alle Honorarsätze in freier Vereinbarung wesentlich erhöht worden. Inzwischen aber sind keine Veränderungen eingetreten, die berechtigten Grund zu dem Vorgehen der Aerzte geben könnten. Die als Kündigungsgrund angegebene Geldentwertung hat in den 2½ Monaten keine solchen Fortschritte gemacht, daß daraus die Kündigung abgeleitet werden könnte. Auch die Finanzlage der Kasse bietet hierfür keinen Anhalt, denn für das 1. Vierteljahr 1920 haben wir mit einem Vermögensabgang von rund 175 000 Mark zu rechnen, und bei der allgemeinen Preissteigerung werden alle in Frage kommenden Kapitel und Titel am Jahresschlusse so enorme Erhöhungen aufweisen, so daß sich die nächste Ausschußsitzung mit einer erheblichen Erhöhung der Beiträge wird beschäftigen müssen. Die Frage der „gehobenen Angestellten bis zu 15 000 Mark“ ist im Volksblatt bereits erörtert worden. Wir können feststellen, daß die Zugänge an solchen Versicherten für unsere Kasse noch keine 1½ Prozent des Mitgliederbestandes ausmachen.

Ob ein wichtiger Grund, wie die Herren Aerzte behaupten, zur fristlosen Lösung des Vertrages vorliegt, wird auf den vertragsmäßig vereinbarten Wege festgestellt werden. Die nötigen Schritte hierzu sind eingeleitet. — Da die Herren Aerzte nach unseren Feststellungen tatsächlich seit gestern mittag unsere Versicherten nur noch als Privatpatienten behandeln, so machten sich die in unserer Bekanntmachung angegebenen besonderen Maßnahmen notwendig. Die Versicherten und die Arbeitgeber bitten wir im eigenen Interesse, uns bei unserem Vorhaben zu unterstützen.

---

## Die Beamtenanwärter als Stimmvieh des Beamtenbundes.

Zu dem unter dieser Spitzmarke von uns am 29. April veröffentlichten Artikel schickt der Gewerkschaftsbund Deutscher Eisenbahnbeamten folgende „Berichtigung“: „Es ist nicht wahr, daß der von Ihnen angezogene Entwurf des Gesetzes betreffend Beamtenvertretungen unter Mitwirkung des Deutschen Beamtenbundes bzw. Gewerkschaftsbundes Deutscher Eisenbahnbeamten hergestellt worden ist. Wahr ist vielmehr, daß dieser Entwurf vom Ministerium des Innern vollkommen selbständig ausgearbeitet wurde und — was für seinen Inhalt bezeichnend ist — am berüchtigten Kapp-Sonnabend erstmalig den Beamtengewerkschaften vorgelegt wurde. Diese, unter ihnen auch der Gewerkschaftsbund Deutscher Eisenbahnbeamten, haben ihn aber sofort als unannehmbar bezeichnet. Wahr ist ferner, daß der Gewerkschaftsbund Deutscher Eisenbahnbeamten jede Bestimmung ablehnt, die die Beamtenanwärter (Hilfsbeamten) von der Wählbarkeit auszuschließen geeignet ist. Infolgedessen lehnt er es auch ab, die Voraussetzungen für die Wählbarkeit an die Vollendung des 24. Lebensjahres oder an eine zweijährige Beamtentätigkeit binden zu lassen. Er wird vielmehr bei den zu erwartenden Verhandlungen alles aufbieten, um auch in dieser Beziehung den Hilfsbeamten endlich zu ihrem Rechte zu verhelfen.“

Dem Gewerkschaftsbund Deutscher Eisenbahnbeamten müssen wir ins Gedächtnis zurückrufen, daß der Regierungsrat Dr. Gieschke als Vertreter des Preußischen Eisenbahnministeriums bei der Beratung des Betriebsrätegesetzes im Ausschuß für soziale Angelegenheiten folgendes ausführte: „Es gibt drei große Gruppen von Hilfsbeamten, die Hilfsweichensteller, die Hilfsschaffner und Hilfsheizer. Jede dieser Gruppen kommt nicht mit Arbeitern in Berührung. (?) Dies Verhältnis kommt dadurch zum Ausdruck, daß die Hilfsbeamten in den sogenannten Fachverbänden organisiert sind, die ihrerseits in dem Gewerkschaftsbund der Eisenbahnbeamten zusammengefaßt sind. Es wäre falsch, die Hilfsbeamten aus dieser Organisation herauszuholen; denn dadurch würden sie nicht zu den Beamtenvertretungen, sondern zu den Arbeitervertretungen zu wählen haben. Die Beamtenanwärter wollen jedoch nicht zu den Arbeitervertretungen, sondern zu den Beamtenvertretungen wählen. Dies ist bestätigt durch den Gewerkschaftsbund.“ — Jedes weitere Wort ist überflüssig, denn die Berichtigung des Beamtenbundes wird durch diese Ausführungen hinfällig.

---

* **Metallarbeiter.** Wir ersuchen die Vertrauensmänner, die noch im Besitze der alten Ausweise sind, diese sofort im Verbands-Bureau abzugeben. Die neuausgestellten bzw. kontrollierten Ausweise sind ebenfalls daselbst in Empfang zu nehmen. Wer nicht im Besitze des neuen Ausweises ist, kann in Zukunft unter keinen Umständen zugelassen werden.

**Die Ortsverwaltung.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219200526-14/fragment/page=0005

*** Ferchlandt-Prozeß.** **Vor dem Oberkriegsgericht in Magdeburg kommt am 3. Juni die Berufung im Prozeß des Militärbevollmächtigten des früheren S.-Rats, Genossen Friedrich Ferchlandt, zur Verhandlung, der bekanntlich im Januar zu 5 Jahren Gefängnis vom hiesigen Kriegsgericht verurteilt wurde. Der Prozeß, zu dem wieder eine große Anzahl von Zeugen geladen sind, wird einige Tage in Anspruch nehmen. Am 28. Mai wird gegen den Bruder des Leutnants Ferchlandt, Genossen Hans Ferchlandt, der im Kilian-Prozeß wegen „Zeugenbeeinflussung" aus dem Gerichtssaal heraus verhaftet wurde, vor der hiesigen Strafkammer verhandelt.**

*** Rentenzahlung bei der Post.** Die Zahlung der Militärversorgungsgebührnisse und der Invaliden- und Unfallrenten findet an den Hauptzahltagen im Saale der Weißbierhallen, Bernburger Straße, Ecke Mühlweg, in der Zeit von 8 Uhr vorm. bis 2 Uhr nachm. in folgender Weise statt: a) für Militärrenten am 28. Mai für die Inhaber der Stammkarten Nr. 1 bis 15000, am 29. Mai für die Inhaber der Stammkarten Nr. 15001 bis Schluß; b) für Invaliden- und Unfallrenten am 1. Juni an die Inhaber der Stammkarten Nr. 1 bis 3800, am 2. Juni an die Inhaber der Stammkarten Nr. 3801 bis Schluß. Für diejenigen Empfänger von Militärversorgungsgebührnissen, welche die Zustellung der Beträge ins Haus beantragt haben, erfolgt die Auszahlung durch die Besteller am 28. und 29. Mai. Es wird besonders darauf hingewiesen, daß die Quittungen zu den Invaliden- und Unfallrenten diesmal behördlich beglaubigt sein müssen.

*** Unglaubliche Zustände** scheinen in der Hautklinik (Grünstraße) des Prof. v. Grouven zu herrschen. Nachdem uns schon kürzlich ein außergewöhnlicher Fall gemeldet war, sehen wir uns heute gezwungen, folgende skandalöse Behandlung eines Arbeiterkindes der Oeffentlichkeit zu berichten. Seit 14 Tagen liegt in der Hautklinik das fünfjährige Kind des Dienstmädchens Martha Unger, Kurfürstenstraße 79, wegen einer schweren Hautflechte. Seit dieser Zeit hat das Kind erst einmal Bettwäsche erhalten, obwohl das Bett von dem ausgelaufenen Eiter durchtränkt ist und schon von der Ferne stinkt. Auch wird das bedauernswerte Kind sehr selten gewaschen. Die Mutter hat sich wegen dieser unhygienischen Behandlung mehrmals beschwert. Freilich war ihre Beschwerde beim Anstaltsleiter ergebnislos. Man muß sich nur wundern, daß in einer Klinik, der ein Universitätsprofessor vorsteht, solche Zustände noch möglich sind.

* **Rechtssozialistischer Wahlschwindel.** Nach verschiedenen uns zugegangenen Nachrichten versuchen die Rechtssozialisten die Steuerpolitik ihrer Partei damit zu verteidigen, daß „gerade in Halle, wo die Unabhängigen die Mehrheit in der Stadtverordnetenvertretung haben, die indirekten Steuern, vor allem die Lustbarkeitssteuern einen Höhe erreicht haben, wie nirgendwo." Wie steht es nun damit? Wohl hat Halle außerordentlich hohe Lustbarkeitssteuern, doch sind diese gegen die Stimmen der USP., die leider nicht die Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung besitzt, beschlossen worden. Den Ausschlag für die Annahme der Steuern haben die Rechtssozialisten gegeben, die es nun fertig bringen, die Tatsachen so zu verdrehen, wie sie sie eben zum Stimmenfang brauchen!

* **Auskunft über Fachschulen.** Wegen der hohen Herstellungskosten für Drucksachen sind die meisten Lehranstalten, besonders auch die zahlreichen privaten und kommunalen Fachschulen, nicht mehr in der Lage, allen Interessenten Prospekte, Lehrpläne usw. zuzusenden. Das Städtische Arbeitsamt, Abteilung Berufsberatung, Salzgrafenstraße 2, erteilt über Aufnahmebedingungen, Lehrpläne, Stipendien, Kosten, Prüfungen, Berechtigungen usw. von fast allen deutschen Fachschulen — auch Hochschulen und Akademien — eingehende Auskunft.

*** Stadttheater.** Heute, Mittwoch, abends 7½ Uhr wird die Oper „Tiefland" wiederholt. Donnerstag „Der Bettelstudent", Freitag „Tartüff", Sonnabend „Martha", Sonntag nachmittags 3½ Uhr: Volksvorstellung „Woyzeck", Sonntag abend „Carmen".

# Gewerkschaftliches.

## Zum Binnenschifferstreik.

Man schreibt uns: Am 21. und 22. Mai tagte in Berlin ein Kongreß der Privatschiffer, Dampfschiffsbesitzer und Schiffsmannschaften, um Stellung zum Streik zu nehmen. Nach eingehenden Erörterungen wurde beschlossen, an das Reichsverkehrsministerium und das Reichsarbeitsministerium heranzutreten mit der Forderung, ein Schiedsgericht einzusetzen, um die Forderungen der Privatschiffer, Dampfschiffsbesitzer und der Schiffsmannschaften zu prüfen und einen Schiedsspruch zu fällen. Der Kongreß erklärte, sich diesem Schiedsspruch dann zu unterwerfen.

Wie falsch die Behauptung ist, daß der Streik ein syndikalistischer ist oder eine Machtprobe des Verbandes der Binnenschiffer darstellt, geht aus der Teilnehmerliste hervor. Es waren vertreten: Transportgenossenschaft Berlin, Transportgenossenschaft Damhaft, Transportgenossenschaft Fortuna, Transportgenossenschaft Zehdenick, Transportgenossenschaft Fürstenberg, Schifferbetriebsverband für die Elbe, Schifferbetriebsverband für die märkischen Wasserstraßen, Schifferbetriebsverband für die Oder, Schifferbetriebsverband für Pommern, Transportgenossenschaft vereinigter Mecklenburger Schiffer, Viktoria-Transportgenossenschaft selbstfahrender Schiffer zu Breslau, Verband der Privatschiffer, Dampfergenossenschaft Unterhavel, Dampfergenossenschaft Oberhavel, Dampfergenossenschaft Deutscher Strom- und Binnenschiffer, Berlin-Fürstenberger Schleppvereinigung, Oberschleppverein Fürstenberg, Stettiner Schleppdampfergenossenschaft, Hohensathener Schleppvereinigung, Schleppdampfergenossenschaft Küstrin, Schleppvereinigung Breslau und Dampfergenossenschaft Spandau.

Alle diese Korporationen tagten gemeinsam mit dem Verband der Binnenschiffer, es wurden die beiderseitigen Forderungen in einer Eingabe den zuständigen Regierungsstellen übermittelt und von allen Korporationen unterzeichnet.

Die Regierung hat es in der Hand, den Streik in kürzester Zeit zu beenden, zum mindesten sollte sie den Vertretern all dieser Korporationen und Verbände endlich einmal Gelegenheit geben, ihre Forderungen auch mündlich zu begründen, als sich auf Darstellungen zu berufen, die in der Absicht gegeben werden, die maßgebenden Instanzen irrezuführen.

Bemerkenswert ist, daß die anderen am Streik beteiligten Verbände erklären, sie seien bereit, die Arbeit aufzunehmen, die Unternehmer versuchen mit Telegrammen, die gefälscht sind, die Mannschaften aus den Heimatsorten nach den Umschlagsplätzen zu locken. Die Telegramme lauten: Streik abgebrochen, sofort kommen. Die anderen Verbände unterstützen diese Manöver, und tatsächlich ist es in Hamburg auf diese Weise gelungen, einige Schiffe zu besetzen, nachdem hier aber Aufklärung geschaffen ist, ruht die Schiffahrt wieder.

Es wäre endlich an der Zeit, daß die Regierung in diesem nun über vier Wochen andauernden Kampf, der täglich schwerer auf die Industrie wirkt, eingreifen würde.

# Aus der Provinz.

## Der Wahlkampf im Bezirk.

Der Wahlkampf wird im ganzen Bezirk mit großer Rührigkeit geführt, wie wir aus den vielen Versammlungsberichten, die uns täglich zugehen, entnehmen können. In den meist überfüllten öffentlichen Wählerversammlungen wird von unseren Rednern das Hauptgewicht auf grundsätzliche Aufklärung über den Sozialismus gelegt, die Wähler werden mit der Politik und den programmatischen Forderungen der USP. bekanntgemacht, worauf die arbeiterfeindliche Tätigkeit der Nationalversammlung und der Koalitionsregierung einer scharfen Kritik unterzogen und der kapitalistische Charakter der bürgerlichen Demokratie nachgewiesen wird. In den Orten, wo Arbeiter noch im seichten reformsozialistischen Fahrwasser der Rechtssozialisten schwimmen, ist eine Schilderung der Kriegs- und Revolutionspolitik dieser Partei durchweg von tiefgehender Wirkung. Um eine Ueberschätzung des Parlamentarismus zu vermeiden, legen wir Wert darauf, das Bekenntnis zur Diktatur des Proletariats und zum revolutionären Rätesystem in den Vordergrund zu rücken. Dabei zeigt sich überall, daß die bürgerlichen Gegner gegen die stärkeren Ideen des Sozialismus nicht aufkommen, die Sozialverräter ihre falsche Politik nicht mehr rechtfertigen können. Die Einwände, die von den Diskussionsrednern gegen die Ausführungen unserer Referenten erhoben werden, können von diesen, dank der grundsatztreuen Politik unserer Partei, ohne weiteres widerlegt werden. Die Sprecher der sogenannten „alten" Partei wagen schon gar nicht mehr, zur Stimmabgabe ausdrücklich für ihre Partei aufzufordern, sondern bescheiden sich damit, zu bitten, die Anwesenden möchten sozialistisch wählen. Auf diese Weise soll der Eindruck erweckt werden, als ob es letzten Endes gleichgültig sei, welcher sozialistischen Partei man seine Stimme gebe. In Wirklichkeit ist die vorsichtig gewählte Formel nur der Ausdruck der Erkenntnis, daß die revolutionäre Sozialdemokratie sich durchgesetzt hat, und die „Mehrheits"sozialisten sich bereits heute in der Minderheit befinden, wie es ja auch von dem einsichtigen Rechtssozialisten Gründlich, Bürgermeister in Sangerhausen, am ersten Pfingstfeiertag in einer öffentlichen Versammlung, die in der genannten Stadt von unserer Partei einberufen war, zugegeben wurde. Ueberall sehen auch die bisher politisch nicht aufgeklärten Proletarier die Ueberlegenheit unserer Ziele ein. Die Landarbeiter, die noch immer von ihren „Herren" geknechtet werden, treten mutig durch Anschluß an die freigewerkschaftlichen und revolutionären politischen Organisationen in den Kampf um die Verbesserung ihrer Lebenslage und die Befreiung der Arbeit ein. Auch die proletarische Frauenwelt erkennt mehr und mehr, daß sie der Politik nicht fernbleiben darf, daß auch um ihr Geschick in den Parlamenten gefeilscht wird, und sie daher die Aufgabe hat, mit den Genossen gemeinsam für den Sozialismus und die Ziele der USP. einzutreten. Die Folge ist ein erfreuliches stetes Anwachsen unserer Organisationen und die Bereitwilligkeit, für unseren Wahlfonds zu geben, was nur in den Kräften des Proletariats steht.

Um unsern Lesern einen Begriff zu geben, in welchem Umfange die Agitation betrieben wird, was von den tätigen und führenden Genossen geleistet werden muß, wollen wir als Beispiel verraten, daß allein im Wahlkreis Sangerhausen-Eckartsberga während dieses Wahlkampfes mehr als dreihundert öffentliche Versammlungen veranstaltet werden; in den anderen Kreisen wird natürlich eine ebenso rege Tätigkeit entfaltet. Bei dem besonders während des Wahlkampfes sich fühlbar machenden Papiermangel ist es unmöglich, über den Verlauf all dieser Versammlungen Berichte zu bringen; daher berichten wir nur über solche Versammlungen, in denen sich etwas Besonderes ereignet hat, das Allgemeininteresse beansprucht. Ein ganz schlauer Hosenmatz im Hallischen Organ der Minderheitssozialisten prahlt mit der Berichterstattung über alle 120 Wähler- und Mitgliederversammlungen der SPD. in den letzten vier Wochen und zieht aus dem Umstand, daß das Volksblatt „nicht annähernd die gleiche Zahl von Berichten" gebracht hat, die Folgerung, daß die Organisation der Rechtssozialisten im Vergleich zur USP. „zurzeit glänzend funktioniere". Der arme Tropf! Wir wollen der Volksstimme gern den Triumph gönnen, daß sie in Ermangelung der Möglichkeit grundsätzlicher Wahlarbeit jeden Tag mit den stereotypen Redensarten ellenlanger Berichte über nichtbesuchte Versammlungen die Spalten füllt und ihre Leser langweilt; unsere Genossen wissen, was von der protzigen Aufgeblasenheit des Blättchens zu halten ist und haben für die Einfalt, die sich in solchen Trugschlüssen, wie dem oben angegebenen, offenbart, nur ein mitleidiges Lächeln.

Das zur Erkenntnis seiner Klassenlage gekommene Proletariat im Bezirk wird die wenigen Tage, die bis zur Wahl noch übrigbleiben, nutzen und weiter für den unverfälschten Sozialismus werben. Der 6. Juni muß eine gewaltige Heerschau des revolutionären Proletariats werden, damit sich das oft zitierte Wort vom blutroten Herzen Deutschlands erneut bewahrheite. Aufgabe unserer führenden Genossen muß es daher in den nächsten Tagen sein, die letzten Vorbereitungen zu treffen, auf daß jeder klassenbewußte Arbeiter, Angestellte und Beamte, auch in den kleinsten und entlegensten Landorten, Gelegenheit hat, seine Stimme abzugeben für die Liste der USP., beginnend mit den Namen: **Kunert, Koenen, Düwell.**

**Wolfen.** Ein schwerer Raub wurde hier am vergangenen Freitag auf der Anilinfabrik verübt. Am Eingang des Betriebes wurde der Meister Rehjack, der zwei Lohnkästen mit 30000 Mk. Inhalt trug, von zwei unbekannten Personen überfallen. Von einem der Verbrecher wurde ihm ein Kasten entrissen, der andere gab auf den Meister einen Schuß ab, wodurch dieser in den Hinterkopf getroffen wurde. Unter Mitnahme beider Kästen suchten die Räuber das Weite und entkamen nach der Waldseite zu in der Richtung nach Muldenstein. Die sofort aufgenommene Verfolgung war bisher ergebnislos.

**Mückenberg.** Auch ein Jugenderzieher! Was sich der Lehrer Stöckel alles erlauben kann, davon zeugt sein Verlangen, die Schüler sollten seine Braut grüßen. Gewiß ist es sehr anerkennenswert, daß er den Kindern Höflichkeit beibringen will; dann hat er aber auch die Pflicht, als Jugenderzieher selbst höflich zu erscheinen. Neulich spielten etwa 10 bis 15 Kinder zusammen, als Herr Stöckel mit seiner Braut am Arm vorüberkam. Alle Kinder grüßten freundlich, doch weder der Herr Lehrer noch seine Angebetete hielten es für nötig, den Gruß zu erwidern, es waren ja nur Kinder. Auch Erwachsenen gegenüber scheint Herr Stöckel das Grüßen manchmal nicht für angebracht zu halten. Haben seine Schüler einige Fehler im Aufsatz, oder schreibt einmal ein Wenigbegabter einen schlechten Aufsatz, so wirft dieser Pädagoge die Schreibhefte in die Ecke der Schulstube, natürlich braucht er sie nicht zu bezahlen. Oefters behält er die Schüler auch länger in der Schule und bestellt sie obendrein für nachmittags 4 Uhr in seine Wohnung. Es wäre angebracht, wenn sich die Elternbeiräte diesen Herrn einmal vornehmen würden, vielleicht glaubt Herr Stöckel, mit Arbeiterkindern machen zu können, was er will.

**Arbeiter-Sekretariat, Halle (Saale).**
Harz 42-44.

**Thalia-Theater.** *575
Ringkampf-Konkurrenz.
Heute, Mittwoch, den 26. Mai, ringen:
Entscheidungsboxkampf
Heise gegen Roland.
Entscheidungskampf:
Schwarzbauer gegen Böhm.
Herausforderungskampf
im indischen Stil um die Prämie von 500 Mk.
Alles erlaubt.
Zaremba gegen Buchheim.
Eintrittspreise: 4,50 u. 2,90 einschl. Kartensteuer.
Kassenöffnung 6¾ Uhr. Anfang 8 Uhr.

**Kaiser Wilhelmshalle.**
Donnerstags: 144
**Der große Ball.**

**Wilsdorfs Gesellschaftshaus** Karlstr. 14
Mittwoch von 5 Uhr an:
**Oeffentlicher Ball.** 140

**Achtung! Teicha und Umg. Achtung!**
Sonntag, 30. Mai, findet im Gottschalk'schen Lokal in Löbnitz unser diesjähriges
**Parteifest**
statt.
Um 1½ Uhr **Festumzug.**
Festrede der Genossin Krüger, Halle.
Anschließend Preiskegeln und -Schießen, Blumenverlosung u. Kinderbelustigung.
Sonnabend abend 9 Uhr: **Fackelumzug.**
*571 Das Komitee.

**Partei-Schriften**
empfiehlt
Volks-Buchhandlung.
Harz 42/44.

**Herren-Fahrrad** 311 vrk.
1265 Schmiedstr. 34, I r.

**Mode-Zeitungen** empfiehlt die Volks-buchhdlg.

**Bekanntmachung.**

Die Aerzte unserer Kasse haben, obwohl erst kürzlich ein neuer Vertrag mit Wirkung vom **1. März 1920** ab geschlossen worden ist, das bestehende Vertragsverhältnis für den 25. Mai, mittags 12 Uhr, fristlos aufgekündigt und wollen die Kassenmitglieder und die Angehörigen nur noch als Privatpatienten, also gegen sofortige Bezahlung des besonders festgesetzten Honorars behandeln. Dieses Verfahren steht im Widerspruch mit den Bedingungen des Berliner Abkommens vom 23. Dezember 1913, nach welchem, solange das Verfahren schwebt, die bisherigen Verträge weiter gelten. Wir haben die Aufnahme von Verhandlungen eingeleitet, die entscheiden sollen, ob das Vorgehen der Aerzte berechtigt ist.

Wie uns von zuständiger ärztlicher Seite mitgeteilt wird, werden die Aerzte bei Verschreibungen **Privatrezepte** und nicht Kassenformulare verwenden. Wir sind mit den Herren Apothekern dahin in Verbindung getreten, daß diejenigen Verordnungen, für welche der Nachweis der Kassenzugehörigkeit (ausgefüllter Krankenschein oder eine sonstige Bescheinigung des Arbeitgebers) beigebracht wird, **auf Kosten der Kasse** angefertigt werden. Die Kassenmitglieder wollen dies zur Vermeidung von Weiterungen beachten und sich hinsichtlich der **Inanspruchnahme des Arztes** auf das **Allernotwendigste beschränken.**

Insoweit die Mitglieder Behandlungskosten selbst bezahlt haben, wollen sie ihre Rechnungen, die spezifiziert sein müssen, der Kassenverwaltung vorlegen.

**Erwerbsunfähig Erkrankte** haben sich nach wie vor alsbald nach der Erkrankung erwerbsunfähig bei der Kasse zu melden. Deren Arbeitgeber bitten wir, den erwerbsunfähig erkrankten Versicherten für jede Woche eine Bescheinigung dahin ausstellen zu wollen, daß sie ihrer Berufsarbeit nicht nachgegangen sind. *573

Halle a. d. S., den 25. Mai 1920.

**Der Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse.**

gez. Buchmann, 1. Vorsitzender. gez. Keil, 2. Vorsitzender.

**Spül-Apparate**
und 987
**Spülmittel**
Preisliste gratis.
**C. Klappenbach,**
Gr. Ulrichstr. 41.

**Ansichts-Postkarten**
empfiehlt Die Volks-Buchhandlung.

Aufbewahren **Frauen** Ausschneiden
die über Regelstörung klagen, nehmen nur noch, wenn alles andere ohne Erfolg blieb, meine anerkannt wirksamen Spezialmittel. Versäumen Sie keinen Versuch, auch Ihnen kann geholfen werden. Diskr. Verf. mit beilieg. Garantie vollk. unschädlich. *565
Carl Ahmling, Hamburg, Hühnerposten 12, I.

**Vereins-Anzeiger**
Touristen-Verein
**„Die Naturfreunde"**
Jugendgruppe: Heute, Mittwoch, abend ½7 Uhr: Zusammenkunft im Stadtheim, Kl. Berlin 1.
Ortsgruppe: Heute, Mittwoch, abend 7 Uhr: Volkstänze a. d. Peißnitz.
Donnerstag abend 7 Uhr: Abendwanderung. Abmarsch vom Marktplatz.

**Siccus**
das preisgekrönte Hausmittel, garantiert unschädlich bei Kindern und Erwachsenen, beseitigt
**Bettnässen**
u. seine Folgen. Einfache Anwendung, kein umständliches Geheimmittel. Kart. Mk. 5,50 franko. Echt nur Versand *567
München 7, Postfach 54-55

**Hemdentuch, Halbleinen, Bettzeug**
sehr preiswert 1271
S. Bieletzky, Leipziger Str. 103 I

**Bettnässen,**
sofortige Befreiung, Alter und Geschlecht angeben. Auskunft kostenlos. Institut Merkur, München 1, Neureutherstr. 13. *527

**Frauenschutz,**
die Ehe ohne Sorgen.
Frauenspülspritzen.
Preisliste geschlossen zu 50 Pf. durch 1091
Versandhaus Germania, Halle a. d. S., Landsberger Str. 5, 1 Tr.

Kaufe sofort bis 1143
**20000 Weißweinflaschen,** das Stück mit **60 Pf.**
**André,** Weingroßhdlg., Telephon 1193. Wörmlitzer Straße 12.

**Goldene Uhr verloren.** Nr. 29747, Repetierwerk m. schwarz. Kriegskette. Gegen gute Belohnung abzugeben bei Karl Roßau, Halle, Geiststraße 61. *574

**Apollo-Theater**
8 Uhr.
Nur noch 5 Tage:
1259 **„Fliegentütenheinrichs Hochzeit"**
mit Paul Beckers

**Stadttheater.**
Donnerstag, den 27. Mai. Anfg. 7½, Ende 10¼ Uhr:
**Der Bettelstudent.**
1257
Freitag: **Tartüff.**

**Raucherdank!**
ges. gesch., ermögl. in einig. Tag. d. Rauchen gz. od. teilw. z. unterl. Amtl. begutachtet. Wirkg. verblüff. Vollst. unschädl. Täglich Anerkennungen. Auskunft umsonst.
Versandhaus Urania
München R. 20, Waltherstr. 38.

**+ Frauen +**
gebrauchen bei Störungen u. Stockungen der monatlichen Vorgänge keine unnützen Präparate, sondern meine durch viele Erfolge beliebten Tropfen und Tee. Empfehle meine hygien. Artikel und Gummiwaren. Bei Anfrage Rückporto erbeten. *568
Otto Konietzky,
Leipzig,
Preußergäßchen 5 II.

Wir suchen sofort
**Grundstücke**
jeder Art, Villen, Landhäuser, Hotels, Stadtgrundstücke usw. für sehr zahlungsfähige Kaufsuchende. *564
Dt. Landwirtschafts-Bank
Berlin Nr. 24.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219200526-14/fragment/page=0006